



Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ehlich, Louisa:

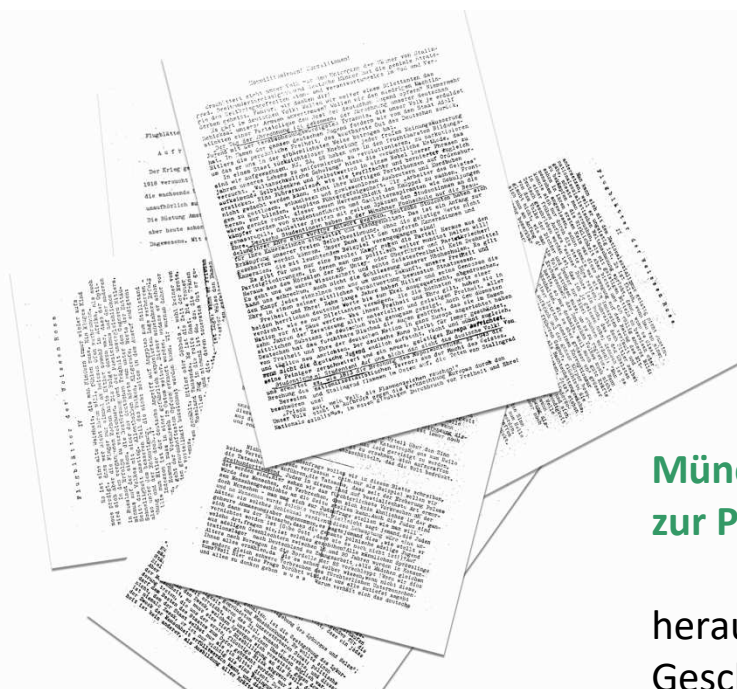
Zwischen Hegemonie und Autonomie: Determinanten
in der Außenpolitik populistischer Regierungen in
Lateinamerika

Bachelorarbeit, Sommersemester 2022

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.93474>



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2022

Louisa Marie Ehlich

**Zwischen Hegemonie und Autonomie:
Determinanten in der Außenpolitik
populistischer Regierungen in
Lateinamerika**

Bachelorarbeit bei
Dr. des. Benjamin Daßler
2022

Abstract

Der Populismus bedroht die Demokratie. Besorgniserregend ist, dass der Aufstieg populistischer Regierungen weltweit eine der wichtigsten politischen Entwicklungen der letzten Jahre darstellt. Trotzdem wurde der Populismus bisher als nationales Phänomen mit wenigen globalen Ausprägungen behandelt. Populistische Regierungen verfolgen auf internationaler Ebene unterschiedliche Strategien. Auf der Grundlage von politikwissenschaftlichen Forschungserkenntnissen wird dieses Phänomen im Folgenden untersucht.

Um die außenpolitischen Grundsätze populistischer Akteure zu beschreiben, konzeptualisiert diese Arbeit den Populismus und seine Kernkomponenten wie Anti-Elitismus sowie die Macht des Volkes. In den lateinamerikanischen Demokratien ist dieser ein dauerhaftes Merkmal, darum wird innerhalb einer *Qualitative Comparative Analysis* die Außenpolitik von Carlos Menem aus Argentinien und Hugo Chávez aus Venezuela verglichen. Dafür findet zunächst eine Analyse der Innenpolitik hinsichtlich populistischer Elemente statt, denn aus liberalistischer Perspektive können Präferenzbildungsprozesse in den Gesellschaften als konstituierender Faktor der Außenpolitik gelten. Auf der internationalen Ebene resultiert bedingt durch die *thick ideology* der Populisten ein Streben nach Autonomie oder Abhängigkeit von der Hegemonialmacht. Eine linkspopulistische Regierung, die den Sozialismus annimmt, geht eher einer autonomen Strategie nach. Wenn jedoch der Neoliberalismus verfolgt wird, dann kommt es in der Außenpolitik zu einer Abhängigkeit vom Hegemon. Abschließend lässt sich festhalten, dass die internationale Strategie abhängig von der Ideologie ist.

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG.....	5
2	THEORIEN UND HYPOTHESEN.....	8
2.1	Populismus in den internationalen Beziehungen.....	12
2.2	Populismus unter Hugo Chávez.....	14
2.3	Populismus unter Carlos Menem.....	19
3	METHODEN.....	22
3.1	Qualitative Comparative Analysis.....	22
3.2	Forschungsdesign.....	23
3.3	Fallauswahl.....	25
3.3.1	Fallbeispiel Venezuela.....	27
3.3.2	Fallbeispiel Argentinien.....	30
4	ERGEBNISSE.....	33
4.1	Determinanten in der Außenpolitik von Hugo Chávez.....	33
4.2	Determinanten in der Außenpolitik von Carlos Menem.....	36
5	FAZIT.....	39

Gender Erklärung

Für die folgende Bachelorarbeit wird ausdrücklich eine männliche Schreibweise verwendet. Dadurch soll eine bessere sprachliche Lesbarkeit und ein höheres Textverständnis gewahrt bleiben. Sämtliche Formulierungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

1 Einleitung

Warum herrscht in Lateinamerika trotz bedeutsamer Rohstoffvorkommen eine so immense soziale Ungleichheit? Insbesondere Venezuela besitzt weltweit die größten Ölreserven, doch ein Großteil der Bevölkerung lebt in Armut (BP 2021; The World Bank 2022). Um einen politischen Wandel herbeizuführen, erhofft sich das Volk von der Wahl einer linken Regierung mehr soziale Gleichheit. Zudem begünstigt das Vorkommen von extremer Ungleichheit in einem demokratischen Regime tendenziell eine Bewegung nach links (Castañeda 2006: 30). Daher hat in Lateinamerika der Linkspopulismus eine lange Tradition. Unter der linkspopulistischen Führung des Präsidenten Hugo Chávez von 1999 bis 2013 erzielte Venezuela durch dessen Sozialpolitik die größte soziale Gleichheit innerhalb von Südamerika nach dem Gini-Koeffizienten (The World Bank 2006). Populistische Staatsoberhäupter passen neben ihrer Innenpolitik auch ihre Außenpolitik an: Auf internationaler Ebene erwartet man, dass populistische Regierungen in Lateinamerika dem Grundsatz der Autonomie oder Abhängigkeit folgen. Lateinamerikanische Staaten versuchen seit ihrer Unabhängigkeit, das Streben nach Hegemonie von den ehemaligen Kolonialmächten und den USA zu reduzieren. Allerdings können diese bestimmte Anreize bieten, sodass eine Außenpolitik der Abhängigkeit betrieben wird. Daraus ergibt sich die folgende Fragestellung: *Warum verfolgen populistische Regierungen unterschiedliche Strategien auf der internationalen Ebene?*

Der Kern des Populismus besteht aus einer anti-elitären Haltung, die den Allgemeinwillen des Volkes repräsentieren soll. Diese Wertvorstellung beeinflusst die Rollenentscheidungen von populistischen Regierungen auf der internationalen Ebene. Die populistische Außenpolitik ist aber vielfältig und beschränkt sich nicht nur auf anti-plurale, anti-demokratische und anti-kosmopolitische Dimensionen. Die Art der außenpolitischen Rolle hängt davon ab, welche Ideologie in Verbindung mit dem Populismus steht. Eine expansive Außenpolitik wird grundsätzlich durch regionale Spannungen, den Energiemarkt sowie historische sozio-politische Fragmentierungsströme verhindert. Diese Faktoren schaffen jedoch einen Anreiz für eine stärkere interne Machtzentralisierung bzw. eine isolationistische Politik (Mijares/Romero 2016: 167). In Lateinamerika spielen die USA seit langer Zeit eine sozialisierende Rolle. Bereits mit der Monroe-Doktrin 1823 verkündeten diese die Unterstützung für die neuen Republiken in Südamerika. Die Vereinigten Staaten

versuchten als Hegemon die Entwicklung der Länder zu beeinflussen, um eine „asymmetrische politische und wirtschaftliche Abhängigkeit“ (Thies/Wehner 2020: 324) zu etablieren. Als zentraler Wendepunkt der regionalen Außenpolitik entwickelte sich im 20. Jahrhundert ein Streben nach Autonomie von der Regionalmacht. Chávez erklärte bspw. ein hohes Maß an Autonomie zu seinem Leitmotiv in der internationalen Politik: Als revolutionärer Staat kämpft Venezuela gegen die imperialistischen Bestrebungen der USA an. Die Eliten im eigenen Land zählt der Präsident als verlängerten Arm der Vereinigten Staaten. Die Außenpolitik von Venezuela ist dennoch gekennzeichnet von einer wachsenden Abhängigkeit von den Ölmarktzyklen, denn nur durch das Öl erzielt Venezuela einen Anteil von 90 % seiner Exporterlöse und 30 % seines BIPs (Clem/Maingot 2011: 9). Hohe Ölpreise sind also eine notwendige Voraussetzung für ehrgeizige Ziele in der venezolanischen Außenpolitik. Zwischen 2004 und 2008 stiegen die Ölpreise international enorm an, sodass die Verbreitung der von Chávez propagierten bolivariischen Außenpolitik erfolgreich verlief. Gemessen an der geförderten Erdölmenge hatte Venezuela bis 2009 traditionell eine Führungsrolle in Südamerika inne und entwickelte sich ab 2008 zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Region (Flemes/Wehner 2012: 3). Dies wurde jedoch durch den Rückgang der Rohstoffpreise und einer folgenden Rezession revidiert. Trotz der bestehenden Asymmetrien gelingt es einigen lateinamerikanischen Staaten, Gewinne in den Verhandlungen mit den USA zu erzielen, sodass sich diese für eine Aufrechterhaltung der Abhängigkeit entscheiden. Das trifft auf die außenpolitische Strategie von Carlos Menem aus Argentinien zu. Als wichtigste innenpolitische Determinante für seine internationale Politik gilt die chronische Instabilität Argentiniens im 20. Jahrhundert. Zu Beginn seiner Amtszeit 1989 sah sich Menem mit grundlegend gewandelten internationalen Bedingungen konfrontiert. Aus diesem Grund passte er sich den neuen Strukturen in der Weltwirtschaft und -politik an. Dazu gehörte eine Kooperation mit den USA, die als unbestrittenes Zentrum nach dem Kalten Krieg galten, mit der Absicht Interdependenzen aufzubauen (Bodemer 2002: 405).

Gesellschaftlich relevant ist diese Untersuchung, wenn man bedenkt, dass der Populismus global zwar weit verbreitet, jedoch wenig Wissen über resultierende außenpolitische Grundsätze vorhanden ist. Nach der Wahl von Donald Trump in den USA ist diese Frage speziell thematisiert worden. Es mangelt aber an systematischen Analysen von internationalen Auswirkungen

populistischer Regierungsbildung, sodass in der Literatur Schlussfolgerungen aus den Fällen des Rechtspopulismus im globalen Norden gezogen werden. Den Studien fehlt oft ein theoretischer Kern, da über die treibenden Kräfte hinter dem außenpolitischen Verhalten kaum ein wissenschaftlicher Konsens besteht (Hey 1998: 106). Dazu kommt, dass die vorhandene Literatur primär auf Europa fokussiert ist, wo man Populisten aller Parteien als europaskeptisch, antiamerikanisch sowie pro-russisch einstuft. Außerhalb von Europa betrachtet man den Populismus als Dilemma der politischen Repräsentation, ausgelöst durch Globalisierung und *Global Governance*. Dennoch wird der Populismus sowohl im Westen als auch im globalen Süden als Reaktion auf politische und wirtschaftliche Krisen in einer de-nationalisierten Welt klassifiziert. In diesem Zusammenhang spiegelt eine populistische Außenpolitik die Auseinandersetzung mit der Souveränität des Volkes sowie die Projektion von Volksforderungen und nationalen Interessen außerhalb der etablierten Prozesse wider (Chryssogelos 2017: 1). Somit kann man das Phänomen als Forschungslücke im globalen Süden bezeichnen. Durch die Überprüfung der Theorien am Beispiel von Lateinamerika ist ebenso die theoretische Relevanz gegeben, jedoch ist das vorhandene Konzept des Populismus noch unscharf und umstritten. Unterschiedliche Konzeptualisierungen haben folglich verschiedene Auswirkungen auf die Rolle des Populismus in der Außenpolitik. Die Vielschichtigkeit des Phänomens erlaubt aber dessen Anwendung auf diverse Erscheinungen der internationalen Politik und eine Verbesserung des Verständnisses dafür.

Die Bachelor-Arbeit geht wie folgt vor: Das nächste Kapitel definiert den Populismus und setzt ihn anschließend in den Kontext der internationalen Beziehungen (IB). Die Fälle Venezuela und Argentinien werden im Hinblick auf populistische Elemente in ihrer Innenpolitik analysiert. Danach wird die angewandte Methode des qualitativen Fallvergleichs genauer erläutert, um im Anschluss die Vorgehensweisen in der Außenpolitik der Chávez und Menem Regierungen zu vergleichen und Gründe für die Unterschiede abzuleiten. Im abschließenden Teil reflektiert die Arbeit die signifikanten Faktoren für die Wahl der außenpolitischen Strategien.

2 Theorien und Hypothesen

Im Folgenden wird zunächst eine Definition des Populismus und ein Überblick über die Literatur zum Thema geliefert.

Der Populismus ist eine Ideologie, die die Gesellschaft in zwei homogene, antagonistische Gruppen aufteilt: das „reine Volk“ sowie die „korrupte Elite“. Es handelt sich um eine *thin-centred ideology*, die zusätzlich eine *host-ideology* benötigt, wie zum Beispiel den Nationalismus oder Sozialismus. Diese Art von Politik soll ein Ausdruck des allgemeinen Volkswillens sein (Mudde 2004: 543). Auf der einen Seite kann der Populismus Gruppen eine Stimme geben, die sich von der politischen Elite nicht vertreten fühlen. Andererseits behaupten Kritiker, dass populistisches, kollektives Handeln auf einer Mobilisierung im Namen des Führers beruht, da dieser vorgibt, was das Volk anstrebt und verdient. Somit seien die wahren Interessen der Bevölkerung nur sekundär. Der Populismus ist also als *top-down* Prozess der politischen Mobilisierung zu verstehen, der von einer dominanten Persönlichkeit gesteuert wird (Roberts 2007: 5). Das Ziel ist eine opportunistische Politik, die Wählern schnell gefallen soll, damit man ihre Unterstützung „kauft“ (Mudde 2004: 542). Die stark personalisierte Bewegung hat schließlich Erfolg, wenn das Vertrauen der Öffentlichkeit in traditionelle politische Institutionen der liberalen Demokratie gering sowie das Parteiensystem schwach institutionalisiert ist (Doyle 2011: 1450). Eine begriffliche Dehnung des Populismus muss verhindert werden, um diese Ideologie nicht mit eng verwandten Konzepten wie dem Nationalismus, der Xenophobie in Europa oder dem Klientelismus in Lateinamerika zu verwechseln (Thies/Wehner 2020: 322).

Es existieren vier konzeptionelle Ansätze für den Populismus, darunter die Betrachtung als Diskurs, Pathologie, Stil und Strategie. Der Diskurs konzentriert sich auf betrügerische Eliten, die in ihrem eigenen Interesse handeln und daher gegen den Willen der armen Mehrheit vorgehen. In Lateinamerika richtet sich der Diskurs gegen die Hegemonie der USA. Diesen wird eine interventionistische Politik sowie die Unterstützung der ehemaligen Diktaturen vorgeworfen, welche die enormen Einkommensungleichheiten gefördert haben. Die Pathologie betrachtet den Populismus als eine Krankheit der Demokratie, da oft autokratische Lösungen für Regierungsprobleme der Elite vorgeschlagen werden. Der Populismus als Stil ist gekennzeichnet durch eine hochemotionale Rhetorik des Anführers, die den Diskurs trotz komplexer Probleme vereinfacht. Als

Strategie spiegelt der Populismus den personalisierten Regierungsstil eines charismatischen Führers wider. Die Regierung übt ihre Macht auf der Grundlage von direkter, nicht-institutionalisierter Unterstützung durch eine große Anzahl von unorganisierten Anhängern aus (Sagarzazu/Thies 2019: 206). Diese Anhängerschaft muss kontinuierlich mobilisiert werden, weil Populisten die Massenorganisation als Waffe bzw. als Gegengewicht zu den wirtschaftlichen und institutionellen Ressourcen der Elite einsetzen. Die Politisierung internationaler Themen wird z. B. für die innenpolitische Mobilisierung (*rally around the flag*) angewandt (Destradi/Plagemann 2019: 717). Je größer die Herausforderung, die eine populistische Figur für die Elite darstellt und je bedrohlicher die Gegenreaktion der Elite, desto größer ist der Organisationsgrad des Volkes (Roberts 2007: 7). Da die Populisten ab Beginn ihrer Machtausübung selbst zur verachteten Elite werden, erhalten sie ihre anti-elitäre Haltung auf eine neue Weise aufrecht. Beispielsweise können sie sich als Opfer der inländischen Institutionen darstellen oder die Eliten für ihr Versagen verantwortlich machen. Der Anspruch des Führers, der wahre Vertreter des Volkes zu sein, wird also ständig überprüft, sodass sich Populisten permanent im Wahlkampf befinden.

Die Profile bzw. das Verhalten von Populisten unterscheiden sich von denen durchschnittlicher Staatsoberhäupter, denn die ersteren weisen extremere Persönlichkeitsmerkmale auf, was ihr ungewohntes Benehmen erklärt: Populisten verhalten sich nicht kooperativ und konfliktauslösend. Das erschwert es anderen Ländern, stabile Beziehungen mit ihnen aufrecht zu erhalten. Die mächtigsten Einflussfaktoren für ihr feindliches Verhalten auf der internationalen Bühne sind die persönlichen und direkten Beziehungen zu den Menschen, die sie vertreten, Misstrauen sowie eine geringe Aufgabenorientierung (Thiers/Wehner 2022: 5). Auf der internationalen Ebene versuchen Populisten die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in multilateralen Institutionen sowie bilaterale Beziehungen zu untergraben. Zudem diversifizieren sie internationale Verbindungen, da die Abhängigkeit von exklusiven Bündnissen verringert werden soll, um größere Handlungsspielräume zur Verfügung zu haben. Das entspricht einem Bruch mit den lang von den früheren Eliten etablierten Grundsätzen. Das populistische Streben nach internationalem Statusgewinn schwächt dies aber wiederum ab. Populisten verfolgen somit eine rücksichtlosere und konfrontativere Außenpolitik. Dennoch ist eine Abgrenzung des Phänomens vom Isolationismus notwendig: Es existiert zwar eine internationale Politik, aber die nationalen Interessen werden stark

begünstigt. Die Unterschiede in der Außenpolitik von populistischen Regierungen wurden bisher in der Literatur durch ein *role theory framework* erklärt, welches die Interaktion der nationalen und internationalen Dimension populistischer Führung berücksichtigt. Die Rollenkonzeption setzt sich dabei aus der Seite des Egos und Alters zusammen (Thies/Wehner 2020: 323).

Der Populismus hat sich in der politischen Landschaft Lateinamerikas als widerstandsfähig erwiesen. Die klassische Ära des südamerikanischen Populismus ging aus der *Great Depression* der 1930er-Jahre hervor und entstand aus einer Krise politischer sowie ökonomischer Partizipation. Die bekanntesten Vertreter stellen hierbei Juan Perón aus Argentinien sowie Getúlio Vargas in Brasilien dar. Seitdem erreichen populistische Kandidaten bei den lateinamerikanischen Präsidentschaftswahlen wiederholt eine enorme Unterstützung aus dem Volk. Das Wiederaufleben in den 1980er-Jahren, die „lost decade“, kann durch die Kombination aus schweren Wirtschaftskrisen und sozioökonomischen Veränderungen aufgrund des Zusammenbruchs der importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) erklärt werden. Das Chaos begünstigte den Aufstieg von Neopopulisten wie Carlos Menem in Argentinien und Alberto Fujimori in Peru auch vor dem Hintergrund der Transition zur Demokratie auf dem Kontinent. Um die Jahrtausendwende wurden v. a. Linkspopulisten in die Regierungen Südamerikas gewählt, obwohl es keine regionale Wirtschaftskrise gab. Dennoch existierten ökonomische und politische Beschränkungen, sodass eine Anfälligkeit für soziale bzw. politische Mobilisierungen bestand (Doyle 2011: 1448f.). Die *Pink Tide* konzeptualisiert die an die Macht kommende Welle progressiver Reformregierungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Diese vertraten Pazifismus, Antiamerikanismus und Globalisierungskritik. Das Ziel war eine Stärkung des Staates, um protektionistische Maßnahmen zur Reduzierung der Armut durchzusetzen. Als Sündenbock fungierte die kapitalistische Klassengesellschaft. Der Appell für Reformen richtete sich an die einfachen Leute, die zwar die Demokratie verteidigten, aber gleichzeitig aus den etablierten Verhältnissen gelöst werden sollten. Die Auswirkungen von wirtschaftlichen Umwälzungen zeigen sich demnach im Erfolg von populistischen Parteien, die versuchen die entrechteten Massen miteinzubeziehen sowie an dem Punkt ansetzen, an dem traditionelle Parteien scheiterten. Als besonders attraktiv gelten Kandidaten, die sich als Außenseiter darstellen und gegen die etablierte politische Ordnung vorgehen. Wenn enorme sozioökonomische Probleme in einem Staat bestehen, die Institutionen dennoch unfähig sind, diese anzugehen,

kämpfen Populisten meist erfolgreich gegen die Krise der politischen Repräsentation an. Zusätzlich begünstigten das Ende des Kalten Krieges, das Aufkommen der Globalisierung sowie der Einfluss von internationalen Organisationen den Aufstieg populistischer Führer in Lateinamerika (Verbeek/Zaslove 2017: 7f.).

Der Populismus in Lateinamerika ist ein Projekt der Linken und Rechten, welcher angesichts der zentralen Rolle eines starken Führers mit dem *caudillismo* verbunden ist. Die ideologische Stellung einer populistischen Partei leitet sich aus ihrer Parteizugehörigkeit sowie der Position im Links-Rechts-Spektrum ab. Sie dient außerdem zur Festlegung der Grenzen außenpolitischer Debatten. Während einige Populisten ihre eigenen Bewegungen gründeten und institutionalisierten, kommen andere aus etablierten Parteien. So baute bspw. Chávez die PSUV (Partido Socialista Unido de Venezuela) auf. Die Führungspersönlichkeiten identifizieren sich folglich vor der Übernahme des Präsidentenamts mit den *thick ideologies* ihrer politischen Parteien (Thies/Wehner 2020: 324). Im Folgenden soll der Fokus auf dem Linkspopulismus liegen. Die lateinamerikanischen linken Parteien treten inklusiv auf und setzen politische Programme durch, die die Lebensqualität einiger sozial schwacher Gruppen verbessern. Indem Populisten eine radikale oder echte Demokratie ausrufen, kritisieren diese den elitären Charakter der südamerikanischen Demokratien. Mehr politische Partizipation der Einzelnen ist erforderlich: Die Stimmen der „Stimmlosen“ sollen gestärkt werden. Soziale Bewegungen bemächtigen folglich den öffentlichen Sektor, während man politischen Parteien eher misstraut. Daher schränkt die Regierung in solchen Regimen die Rechte der Opposition ein (Patanè 2017: 45). Indem Populisten das Volk in den Fokus rücken, betonen sie den hohen Stellenwert der Bürger und zugleich die verschiedenen Formen der kulturellen Diskriminierung in Lateinamerika. Nicht nur benachteiligte Gruppen wie Bauern oder Arbeiter sollen in die Gesellschaft eingegliedert werden, sondern ebenso die indigene Bevölkerung. Linkspopulisten betrachten das reine Volk als soziale Kategorie, welche man nicht durch nationale Grenzen beschränkt. Sie beziehen sich mehr auf die Ausgebeuteten im Allgemeinen, wodurch ihre Außenpolitik eine Prägung durch internationale Solidaritätsdimensionen erfährt (Verbeek/Zaslove 2017: 12). Zwischen 1999 und 2007 gab Hugo Chávez z. B. für soziale Investitionen im Ausland etwa 17 Milliarden Dollar aus. Darunter fallen u. a. Ölsubventionen für Kuba, Bargeldspenden an Bolivien oder medizinisches Equipment für Nicaragua (Corrales 2009: 99). Am großen

Ressourcenreichtum von Venezuela lässt sich erkennen, dass dieser ebenfalls die Risikobereitschaft des Volkes für die Unterstützung populistischer Kandidaten beeinflusst. Populisten in ressourcenreichen Staaten können glaubwürdiger behaupten, wirtschaftliche Probleme besser zu lösen und ein Gegengewicht zur Globalisierung zu bilden. Diese Verfügbarkeit an Rohstoffen ermöglichte in Lateinamerika erst die Untergrabung des *Washington Consensus* mit dem einhergehenden Neoliberalismus und die Annahme eines neuen wirtschaftlichen Modells. Der Ressourcenfluch wird somit bestätigt, da das Vorkommen von Bodenschätzen Demokratie eher verhindert (APuZ 2019).

2.1 Populismus in den internationalen Beziehungen

Populismus beginnt in der Innenpolitik und gewinnt international durch die Interaktion mit *thick ideologies* an Bedeutung. Für die IB wird der Populismus relevant, wenn populistische Akteure die Opposition verlassen und innerhalb der Exekutive nicht nur die Innenpolitik, sondern auch die Außenpolitik direkt gestalten. Diese ist konflikthafter gegenüber Staaten, die nach der Ansicht von Populisten direkt mit einem bestimmten Teil der Bevölkerung verbunden sind, die nicht zum „wahren Volk“ gehören. Der Populismus kann also die Außenpolitik von Staaten und damit die Beziehung zwischen Staaten beeinflussen. Die IB-Literatur vernachlässigte aber bisher weitgehend dieses Phänomen, einschließlich der liberalen Ansichten (Cadier et al. 2021: 664).

Aus liberalistischer Perspektive können Präferenzbildungsprozesse in den einzelnen staatlich organisierten Gesellschaften als konstituierender Faktor internationaler Politik gelten. Der Staat als repräsentative Institution spiegelt in der Außenpolitik die gesellschaftlichen Verhältnisse wider, die ihn prägen. Hierdurch rücken die *domestic politics* in den Mittelpunkt. Die Gesellschaft ist somit aus Sicht des Liberalismus vorrangig vor dem Staat bzw. das bestimmende Subjekt der IB. Daher ist es für eine Analyse der Außenpolitik sinnvoll, sich zunächst auf nationale Ereignisse zu fokussieren, die dann auf den überstaatlichen Kontext übergreifen. Die Handlungsmuster internationaler Politik ergeben sich daher nicht aus der globalen Machtverteilung, sondern primär aus sozialen Bezugsrahmen. Die wichtigsten Akteure sind rational-handelnde Individuen und gesellschaftliche Gruppen, im Gegensatz zum Neorealismus, nach dessen Auffassung Staaten die zentralen Handelnden in der internationalen Politik sind. Innerhalb der Gesellschaft kommt es zu sozialen Spannungen, wenn verschiedene Wertvorstellungen über das Zusammenleben, die

Verteilung von Ressourcen und dem Zugang zu politischen Entscheidungskompetenzen existieren. Nach dem Liberalismus beeinflussen staatliche Institutionen, welche Interessen sich schließlich durchsetzen. Daher liegt ein innergesellschaftlicher Wettbewerb um Einfluss vor. Die dominanten Präferenzen der Gesellschaft werden an die Regierung übermittelt, indem die nationalen Institutionen als *transmission belt* fungieren (Moravcsik 1997: 518). Die Regierung hätte also im Idealfall kein eigenes inhaltliches Programm, sondern vertritt innenpolitisch nur die Interessen der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen. Diese Präferenzen reflektieren Staaten ebenfalls in ihrer zwischenstaatlichen Politik. Die internationale Politik hängt von der Interessenskonstellation zwischen Staaten ab und die Kooperation wird durch komplexe Interdependenzen begünstigt. Aus Sicht des Liberalismus streben Regierungen nicht zwingend nach größtmöglicher Sicherheit und Macht im internationalen System, da dies normalerweise nicht zu den Interessen der gesellschaftlichen Akteure zählt. Diese priorisieren v. a. Wohlfahrtsgewinne. Caracas und Buenos Aires richten ihre Außenwirtschaftspolitik daher stark an dem jeweiligen Wählerklientel aus (Flemes/Wehner 2012: 1).

Die Arbeit stützt sich im Besonderen auf den ideellen Liberalismus. Die Konstellation der sozialen Identität bestimmt hierbei die staatlichen Präferenzen. Die Auseinandersetzung um gesellschaftliche Werte und die Verteilung öffentlicher Güter stehen demnach im Vordergrund. Zu Elementen der innerstaatlichen Ordnung, die durch soziale Identitäten geprägt sind, zählen z. B. geografische Grenzen und die Art bzw. Umfang sozioökonomischer Regulierung. Diese Identität enthält zudem einen Bezug auf die Nation, indem der ideelle Liberalismus betont, dass die Grenzen mit den nationalen Identitäten mächtiger sozialer Gruppen übereinstimmen (Moravcsik 1997: 525). Das Engagement von Einzelpersonen und Gemeinschaften für politische Einrichtungen trägt ebenso zur Bildung einer sozialen Identität bei. Gesellschaftliche Akteure unterstützen die Regierung im Austausch für Institutionen, die ihren identitätsbasierten Präferenzen entsprechen, um ihre Ansichten zu verwirklichen. Staatliche Präferenzen prägen zwischenstaatliches Verhalten, wenn ihre Umsetzung erhebliche grenzüberschreitende Effekte auslösen. Die Kompatibilität der Präferenzordnung zweier Staaten ist entscheidend für eine kooperative oder konfliktäre Beziehung. Konvergierende innerstaatliche Interessen begünstigen somit internationale Kooperation. Dabei geht es im außenpolitischen Diskurs von Populisten oft um die allgemeine Einstellung zur

internationalen Politik, ihre Haltung zu globalen Finanzen, Handel, grenzüberschreitender Migration sowie regionaler Integration. Ihre Position wird auf der Grundlage ihres Verständnisses vom reinen Volk und ihrer zugehörigen Ideologie bestimmt (Verbeek/Zaslove 2017: 12).

Es folgt eine Erläuterung der innenpolitischen Lage in Venezuela und Argentinien, als Hugo Chávez und Carlos Menem zum Präsidenten gewählt wurden. Nach dem Liberalismus ist die Betrachtung der *domestic politics* im Zuge einer *bottom-up* Analyse erforderlich. Das Aufzeigen der populistischen Elemente in der Innenpolitik soll Aufschluss über die Präferenzbildungsprozesse in der Gesellschaft liefern. Dabei liegt der Fokus auf der Konstellation der sozialen Identität. Aber auch die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst, welche Rolle ein Staatsoberhaupt in der Außenpolitik einnehmen kann.

2.2 Populismus unter Hugo Chávez

Hugo Chávez übernahm 1999 die Präsidentschaft Venezuelas und begann sofort mit der Umsetzung einer neuen Innenpolitik. Die fünfte Bolivarische Republik Venezuelas rief er mit dem Ziel aus, einen radikalen Wandel herbeizuführen, bei welchem der Staat die Gesellschaft dominieren sollte. Die vierte Republik von Venezuela (1959-1999) basierte währenddessen demokratisch auf einem liberal repräsentativen Präsidialmodell, dem *Pacto de Punto Fijo*. Venezuela diente bis dato für andere lateinamerikanische Staaten als Vorbild für eine erfolgreiche demokratische Transition sowie für den Widerstand gegen den Kommunismus im Kalten Krieg. Da der Staat die vorhandenen Ressourcen gleichmäßig verteilte, wurde organisierter Dissens, der die Machtposition der Eliten in Frage stellen könnte, weitgehend verhindert. Dieser verteilende Ansatz hing jedoch von einem anhaltenden Wirtschaftswachstum und somit einem stabilen Ölpreis ab. Die Ölschocks in den 70er und 80er-Jahren sowie die wirtschaftlichen und politischen Krisen der 90er-Jahre führten zu einem Verlust der sozialen Mobilität, woraufhin sich ausgeschlossene Gruppen gegen die Elite wandten. Der Legitimitätsverlust der Regierung schuf ein Vakuum für neu gegründete politische Parteien und gipfelte schließlich in der Wahl von Hugo Chávez (McCarthy-Jones/Turner 2011: 522f.). Seine Amtszeit besteht aus zwei Phasen, wobei die Erstere (1999-2004) sich verstärkt auf die Innenpolitik konzentrierte. Die zweite Phase wird weiter unten erläutert (siehe 4.1). Das Auslöschung der alten politischen Parteien durch eine neuen Verfassung mit sozialen Initiativen läutete die Revolution ein. Eine Radikalisierung war als Prozess des Aufbaus von Legitimität

erforderlich, um das Vertrauensdefizit nach der Phase des Neoliberalismus zu beheben. Im Rahmen der Mobilisierung der Zivilgesellschaft regte Chávez daher die Organisation von *Círculos Bolivarianos* im Jahr 2001 an. Einige dieser Gruppen bewaffneten sich und übten Anschläge gegen die Feinde der Revolution aus. Bereits mit der Gründung des *Movimiento Bolivariano Revolucionario 200* im Jahr 1983 verfolgte Chávez die Absicht, die Korruption in Venezuela zu bekämpfen, was 1992 in einem Putschversuch gegen die Regierung von Pérez endete. Trotz großer Unterstützung aus dem Volk wurde die Gruppe um Chávez verhaftet, welche sich jedoch im Gefängnis reorganisierte (Hawkins 2003: 1141). Es entstand mit Chávez als Präsident ein hybrides Regime, das nur schwach institutionalisiert war. Die legislative Kontrolle übernahm die Regierungspartei PSUV, wodurch eine klare Trennung zwischen Staat und Regierung bald nicht mehr möglich war. Unterstützung erhielt die Regierung mehr aufgrund der Identifikation des Volkes mit Chávez als wegen ihres Programmes. Zudem bekam die verfassungsgebende Nationalversammlung das Recht, den Kongress und den Obersten Gerichtshof aufzulösen, da sich diese 1999 gegen die Umgestaltungen stellten. Durch die Enthebung fast aller Amtsträger war die Kontrolle der Elite über die Politikgestaltung ausgelöscht (McCarthy-Jones/Turner 2011: 554). Außerdem reformierte Chávez das System der Öleinnahmen, um den ungelösten nationalen Verteilungskonflikt zu beseitigen. Die Exekutive übernahm nun die Kontrolle über die staatliche Ölgesellschaft PDVSA (Petróleos de Venezuela S.A.). Der Profit floss so nicht mehr den Eliten zu, sondern wurde für Umverteilungsmaßnahmen zugunsten der Bevölkerung genutzt. Das entsprach eindeutig der Präferenz des Volkes, denn viele Venezolaner betrachten das Unternehmen als sehr effizient und als Quelle des Stolzes bzw. Wohlstandes. Die Opposition rief daher zu Demonstrationen auf, als Chávez die Topmanager der Ölgesellschaft öffentlich entließ. Am 11. Mai 2002 kamen über eine Millionen Demonstranten friedlich zusammen. Als sich diese auf den Präsidentenpalast zubewegten, schossen bewaffnete Gruppen der Regierung in die Menge. Aus Sicht des Liberalismus herrscht in den Regierungen Angst vor Protesten, da sich so mächtige gesellschaftliche Lager profilieren und die Wiederwahl des Präsidenten gefährden könnten. Die Offiziere verweigerten aber den Befehl von Chávez weitere Truppen zu entsenden und forderten stattdessen seinen Rücktritt. Dieser willigte ein, aber aufgrund großer Unruhen im Volk war er bereits am nächsten Tag wieder im Amt. Demnach schlug der Staatsstreich fehl und Chávez beschuldigte die USA, diesen angestiftet zu haben.

Seine Rhetorik blieb demzufolge weiterhin hetzerisch, sodass sich die Polarisierung im Land noch verstärkte (Hawkins 2003: 1144). Es folgte ein zweimonatiger Generalstreik, den 40 verschiedene Oppositionsgruppen unter dem Banner *Coordinadora Democrática* organisierten. Diese forderten ein nationales Referendum über die Amtszeit von Chávez. Nachdem dieser nicht nachgab, brach die Opposition den Streik ergebnislos ab. Die Öleinnahmen der Regierung reduzierten sich aufgrund des Streiks in dieser Zeit aber erheblich. Daraufhin kam es zu weiteren Entlassungen von ca. 18.000 Mitarbeitern in der PDVSA-Belegschaft und das Ansehen von Chávez in der Bevölkerung sank. 2004 fand aufgrund des zunehmenden Drucks aus der Gesellschaft doch ein Abberufungsreferendum statt, bei dem der amtierende Präsident 59 % der Stimmen für sich gewann. Somit erreichte Chávez nach fünf Jahren im Amt eine klare Konsolidierung seiner politischen Autorität (McCarthy-Jones/Turner 2011: 556).

Nun soll klargestellt werden, warum der Präsident der fünften Republik als paradigmatisches Beispiel des Populismus gilt und inwiefern dies den Präferenzbildungsprozess der Gesellschaft beeinflusste. Als *thick ideology* nutzte Chávez den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Dieser verlangt sowohl starke staatliche Interventionen, die Einführung eines Semi-Protektionismus als auch das Streben nach mehr Autonomie in der Außenpolitik. Für die Implementierung der Ideologie nutzte die Regierung nicht nur die Geschichte der Nation, sondern passte sie an die Biografie des Führers an. Insbesondere die Figur des Simón Bolívar wurde zur Rechtfertigung des Wechsels des Regierungsmodells herangezogen, weil Chávez selbst in der Vergangenheit Soldat war. Bolívar kämpfte im 19. Jahrhundert für die Unabhängigkeit Venezuelas und anderer südamerikanischer Staaten von Spanien (Serbin/Serbin Pont 2017: 235). Nun nahm er selbst die Rolle des Befreiers ein, indem er als Retter Venezuela von den Oligarchen und Eliten sowie Südamerika von der Hegemonie der USA befreite. Um die Unterstützung des Volkes zu festigen, verstärkte Chávez positive Emotionen, wenn er sich auf die Gesellschaft bezog. Zudem steigerte er Angst bzw. Wut im Diskurs gegen die traditionellen Eliten (Thies/Wehner 2020: 330). Die charismatische Art der Verbindung zwischen Wählern und Präsident begann schon vor seiner Amtszeit. Bereits als junger Offizier trat er sehr selbstbewusst und visioniert auf: Er versuchte die Massen zu mobilisieren oder vielmehr zu beeinflussen, das Militär aktiver zu gestalten und in den Aufbau der Nation miteinzubeziehen (Hawkins 2003: 1147). Chávez' Priorität lag auf direkten Beziehungen mit der

Bevölkerung, weil er sensibel für die Forderungen aus der Gesellschaft war, die Loyalität der Wähler aufrechterhalten sowie eine hohe Moral ansetzen wollte. Seine Entscheidungen waren aber weniger kooperativ: Es wurden diejenigen beschämt, die nicht Teil des Volkes sind, sodass eine *we-them* Kategorisierung entstand. Grundlegend war Chávez in der Lage, eine aktive politische Agenda durchzusetzen, die Kontrolle über die Politikgestaltung zu behalten und kaum Aufgaben an andere zu delegieren. Das heißt, er übernahm die Verantwortung für Geschehnisse und stellte Zwänge in Frage, aber übte seine Macht zu direkt und offen aus. Das Machtbedürfnis von Chávez war jedoch geringer als bei anderen Staatsoberhäuptern, weil seine Priorität eher in der Erzeugung einer hohen Moral und dem Gefühl von Teamgeist bzw. Zielklarheit bestand (Thiers/Wehner 2022: 8). Er folgte der Idee von Simón Bolívar, die Selbsthilfe und die Entwicklung der Gesellschaft „von unten“ zu fördern. Nachdem sich die Gesellschaft einen radikalen Wandel wünschte, erfüllte Chávez als entschlossener, unabhängiger junger Patriot alle Kriterien. Verstärkt durch sein Außenseiter-Narrativ und seine anti-imperialistische Rhetorik gelang es ihm, das einfache, marginalisierte Volk anzusprechen und dieses gegen innere sowie äußere Feinde zu vertreten. Landreformen sowie die Erhöhung der staatlichen Beteiligung für Bildung und Armutsbekämpfung stellten *Policy*-Maßnahmen gänzlich im Interesse der Gesellschaft dar. Unterstützung erhielt er ebenso von einem vielschichtigen, dezentralisierten Netz von Basisorganisationen. Zugleich respektierte Chávez die bürgerlichen Freiheiten und demokratischen Institutionen.

Die *Global Populism Database* misst das Level des populistischen Diskurses in Reden von Regierungschefs. Dieses wird zwischen 0 und 2 skaliert, wobei Reden in der Kategorie 0 wenige populistische Elemente und Kategorie 2 Äußerungen beinhalten, die dem Ideal eines populistischen Diskurses sehr nahekommen (Aguilar et al. 2019: 3f.). Die Ergebnisse von Hugo Chávez zeigen in seiner ersten Amtszeit (1999-2007) den Wert 1,9, in der zweiten Regierungszeit (2007-2013) 1,8 und im letzten Jahr (2013) 1,7. An dieser stark populistischen Ausprägung kann sich im Datensatz nur Evo Morales mit dem Ergebnis 1,5 sowie Rafael Corrales mit dem Wert 1,7 zwischen 2009-2013 annähern (Populist Speech Data 2019). Es ist zwar ein geringer Rückgang des populistischen Niveaus in Chávez' Reden zu verzeichnen, dieser ist dennoch eine der bekanntesten Figuren, die in der öffentlichen Vorstellung sowie der akademischen Literatur mit dem Populismus assoziiert werden. In seiner eigenen Fernsehshow „Aló Presidente“ intensivierte Chávez seine emotionale

Verbindung mit den venezolanischen Massen. Dazu hielt er lange Reden, die eine aufrührerische Rhetorik und einen semi-religiösen Charakter aufwiesen. So gelang es Chávez die politische Debatte aktiv mitzugestalten, indem er Propaganda von der bolivarianischen Revolution verbreitete und die Opposition angriff. Es unterstrich Chávez' Talent zur Improvisation über Stunden hinweg. Er zeigte nicht nur umfangreiche Kenntnisse über die Volkskultur, Lieder und Essen in Venezuela, sondern löste ebenfalls in Telefongesprächen die Probleme der „normalen Bürgern“. Nach dem Putschversuch von 2002 reduzierte Chávez unmittelbare Bürgeranrufe, um das Risiko direkter Interaktionen mit potenziellen Kritikern zu verringern (Frajman 2014: 517). Die revolutionäre Rolle von Chávez repräsentierte schließlich den allgemeine Wille des Volkes, was eine Parallele zum klassischen Populisten Perón aufweist. Die Verkörperung des *volonté générale* bestätigt sich an der Aussage von Chávez: „I am not myself, I am the people“ (Thies 2017: 672), mit der er versucht, die Unterstützung für seine Politik und seine Person innerhalb des Landes zu gewinnen. Die starke Personifizierung des Staates in Form von Chávez ist jedoch bedenklich, da seine politischen Projekte von seiner persönlichen Kontinuität im Amt abhängen. Er stellt somit in gewisser Art einen populistischen König Ludwig XIV dar, denn „L'État c'est moi“ trifft genauso auf Chávez zu (Thies 2017: 672).

Seit der Wahl von Chávez durchlief Venezuela einen radikalen Wandel und das politische System wurde in Richtung des Hyperpräsidentialismus umstrukturiert. Die Strategie von Chávez zielte darauf ab, Vetospieler zu neutralisieren, um Veränderungen in der Außenpolitik zu erreichen. Diese stellte er als vom Volk gewollt dar, nachdem im Mai 2005 die Ablehnung der US-Regierung der venezolanischen Gesellschaft bei 45 % lag (Magdaleno 2011: 56). Der extreme Populismus zerstört die liberalen Mechanismen des politischen Pluralismus und greift die Demokratie, initiiert durch den Bruch mit dem Hegemon, an (Spanakos 2012: 198). Im Folgenden wird eine Hypothese aufgestellt, die eine Strategie von populistischen Regierungen auf der internationalen Ebene vorstellt, welche aus dem Fall Hugo Chávez abgeleitet wird:

H1: Wenn ein linkspopulistischer Führer den Sozialismus als thick ideology annimmt, dann strebt dieser in seiner Außenpolitik nach Autonomie von hegemonialen Mächten.

2.3 Populismus unter Carlos Menem

Carlos Menem gehörte zwar der Partido Justicialista an, also der peronistischen Partei, war aber nie ein Teil der Elite von Buenos Aires. Er stammte aus einer peripheren Provinz Argentiniens, wo die peronistische Parteipolitik eher weniger Einfluss hatte. Genau dieses Außenseiter-Narrativ als „Provinzcaudillo“ nutzte Menem für seinen Wahlkampf, um sich mit dem Volk zu identifizieren sowie sich ideologisch bei den vergessenen Wurzeln der peronistischen Bewegungen zu verorten. Menem übernahm fünf Monate vor dem Ende der regulären Amtszeit seines Vorgängers Alfonsín die Regierungsgeschäfte in einer Situation des wirtschaftlichen Chaos. Für die Hyperinflation in Argentinien 1989/90 machte Menem die Eliten verantwortlich, sodass mit dem Beginn seiner Herrschaft 1989 der Neopopulismus eingeleitet wurde (Thies/Wehner 2020: 327). Die sich verschlechternde Wirtschaft sowie der fehlende Zugang zu ausländischen Krediten schufen die Voraussetzungen für einen ideologischen Übergang zum Neoliberalismus. Diesen nahm Menem als *thick ideology* an, welcher ein Streben nach Abhängigkeit in der Außenpolitik implizierte. Das stellte einen Bruch mit der Parteitradition der staatlichen Interventionen und einer linken ideologischen Positionierung dar. Jedoch war diese radikale Veränderung aufgrund des systemischen Drucks und der Konditionalität des Internationalen Währungsfonds (IWF), welcher u. a. eine Liberalisierung der Arbeits- und Kapitalmärkte forderte, notwendig, um einen Kredit zu bekommen. Menem frante die ökonomischen Reformen hin zum freien Handel als zum Wohle des Volkes, während der Widerstand dagegen von der bürokratischen Elite ausging. Durch die liberale Wirtschaftspolitik konnte sich der Präsident als „Retter des Volkes“ profilieren, denn kurzfristige Maßnahmen milderten die Auswirkungen der Reformen für die ärmsten Bevölkerungsschichten ab. Die Konvertibilität löste darüber hinaus die hohe Inflation, wodurch die Bevölkerung wieder Zugang zu Importgütern zu bezahlbaren Preisen erhielt (Thies/Wehner 2020: 327). Gleichzeitig schwächte die Krise aber Partei- und Gewerkschaftsorganisationen. Mit der Flexibilität und dem Opportunismus, die für populistische Führer typisch sind, verschrieb sich Menem nicht vollständig dem Neoliberalismus. Die Zwänge einer solchen ideologischen Bekehrung sollten nicht greifen, da die eigene Autonomie und Macht zu stärken wichtiger erschien. Demnach konnte Menem auch von neoliberalen Grundsätzen abweichen, wenn es politisch opportun war, z. B. mit der Durchsetzung von Ausgabenerhöhungen vor Wahlen (Weyland 2001: 17).

Die Politik von Menem kann ausgehend von dieser Argumentation als populistisch klassifiziert werden. Die peronistische Partei ist eindeutig dem klassischen Populismus zuzuordnen, sodass Menem bereits eine Partei populistischen Ursprungs übernahm (Weyland 2001: 11). Ihm gelang es, den etablierten Parteiapparat aufgrund des schwachen Institutionalierungsgrades der Organisation zu unterminieren und diesen seiner persönlichen Kontrolle unterzuordnen. Menems Politik repräsentierte den allgemeinen Willen der Bevölkerung und sollte den Massen zugutekommen. Die parteiinterne Dynamik erlaubte es ihm, ein Narrativ vom Volk gegen die Eliten zu konstruieren, indem er sich auf kollektive Emotionen stützte, um die Akzeptanz für radikale Reformen zu sichern. Er erinnerte z. B. an die Angst vor der letzten Hyperinflation, um die bürokratische Elite für die wirtschaftliche Situation Argentiniens verantwortlich zu machen sowie den Druck auf die Privatisierung zu verringern. Die volksfreundliche Komponente ist damit ebenso vorhanden wie der anti-elitäre Charakter, denn die Macht der Elite im Staat verringerte sich während Menems Amtszeit stetig. Ihnen wurde vorgeworfen, die für die Gesellschaft dringend notwendigen Reformen aufzuhalten, die den Verteilungskonflikt lösen würden. Menem erlangte erfolgreich eine breite plebiszitäre Unterstützung, indem er die Marginalisierung des Volkes ausnutzte: Die städtischen Armen befanden sich in einer Krise, verursacht durch die Abschaffung der ISI, den Zerfall der Klientelnetzwerke und den Übergang zur Demokratie (Doyle 2011: 1450). Explizit die Arbeiter hatten dringende materielle Forderungen, blieben aber am Rande der repräsentativen Organisationen. Menem förderte die politische Einbindung der aufstrebenden städtischen und ländlichen Massen, indem er das unorganisierte Volk direkt ansprach (Roberts 2007: 5). Trotz einer Untergrabung des traditionellen Peronismus behielt der Präsident die Loyalität der Bevölkerung, denn die Politik spiegelte die sozialen Präferenzen der Gesellschaft wider. Mit dem Aufkommen der Demokratie in der Region versuchten Neopopulisten enge Beziehungen zu privaten Medien zu knüpfen. Die Medienkampagnen sprachen die unorganisierten Teile der Öffentlichkeit, insbesondere die Armen, an, die für die Anti-Establishment-Aufrufe empfänglicher waren (Frajman 2014: 506). Im Folgenden wird eine Hypothese aufgestellt, die eine Strategie von populistischen Regierungen auf der internationalen Ebene vorstellt, welche aus dem Fall Carlos Menem abgeleitet wird:

H2: Wenn ein linkspopulistischer Führer den Neoliberalismus als thick ideology annimmt, dann strebt dieser in seiner Außenpolitik nach Abhängigkeit von hegemonialen Mächten.

3 Methoden

3.1 Qualitative Comparative Analysis

Es folgt zunächst ein Überblick über die angewandte Forschungsmethode „Qualitative Comparative Analysis“ (QCA). Es wird ein quasi-experimenteller Vergleich von zwei Fällen durchgeführt. Der Ansatz stellt als *small-N approach* ein Vergleichsverfahren auf der Makro-Ebene dar. Charles Ragin entwickelte diese Methode 1987, die grundsätzlich auf Mills Methoden der Differenz und Übereinstimmung basiert. QCA ermöglicht vergleichende Sozialforschung im Bereich mittlerer Fallzahlen ($n=5-50$), aber auch den binären Vergleich von zwei Fällen (*paired comparison*). Es handelt sich um ein deduktives Verfahren, welches eine deterministische Erklärung erzeugt: Angestrebt wird eine vollständige Erläuterung der einem Phänomen zugrunde liegenden wirksamen Mechanismen. Fallbasierte Methoden zielen also nicht nur auf die Erklärung eines Teils der Varianz ab (Buche/Carstensen 2009: 66). Ein Nachteil besteht jedoch darin, dass durch das Annehmen von deterministischen Zusammenhängen probabilistische Korrelationen übersehen werden könnten. QCA strebt außerdem nach der Herstellung von generalisierbarer kausaler Inferenz zur Theoriegewinnung und -überprüfung. Dafür muss man kausale Zusammenhänge identifizieren und keine Monokausalität annehmen. Die Generalisierbarkeit auf der Basis eines Vergleichs weniger Fälle erscheint dennoch problematisch, wodurch die Fallauswahl eine entscheidende Rolle einnimmt. Eine Generalisierung ist aber möglich, wenn man individuelle Erklärungen für den Fall vermeidet und stattdessen Annahmen formuliert, die auf andere Fälle übertragbar sind. Das führt gleichzeitig zu einer Erhöhung der Robustheit der Methode. Diese lässt sich weder eindeutig der qualitativen noch der quantitativen Methodologie zuordnen. Sie zeigt einen positivistischen Mittelweg zwischen den Forschungstraditionen auf, da sie die jeweiligen Vorteile zu einem neuen Ansatz vereint. Die Anwendung von formal-logischer Minimierung ermöglicht einen Fallvergleich, indem unterschiedliche Fälle mit denselben Bedingungen und denselben Outcome gruppiert werden. Die Arbeit untersucht qualitative Daten: Outcomes gelten als Ereignis verschiedener Kombinationen von Merkmalsbedingungen, wobei die Voraussetzungen bzw. ihr Zusammenwirken im Vordergrund stehen (Buche/Carstensen 2009: 67). Epistemologisch unterscheidet sich QCA von anderen Methoden hinsichtlich der Konzeption der Fälle sowie dem Verständnis von Kausalität, da eine Fallvertrautheit notwendig ist. Diese ist bei geringen Fallzahlen vorhanden, dennoch steigt

gleichzeitig das Problem der begrenzten empirischen Vielfalt, nachdem viele Merkmalsbedingungen nur durch wenige Fälle repräsentiert werden. Grundsätzlich ist eine Untersuchung von einer Vielzahl von Bedingungen auf die Kausalwirkung für das Outcome möglich. Ziel ist es aber, die als notwendig und/oder hinreichend erwiesenen Bedingungen für das Outcome zu differenzieren. In Bezug auf die Konfiguration der Fälle ist es entscheidend, jeden Einzelfall als komplexe Kombination von Eigenschaften zu betrachten (Berg-Schlosser et al. 2009: 6). Am öftesten generiert die Synthese verschiedener kausal relevanter Bedingungen das Outcome, sodass gilt: $AB \rightarrow Y$. Aber ebenso können verschiedene Kombinationen von Bedingungen das gleiche Outcome verursachen: $AB + CD \rightarrow Y$. Jedenfalls lehnt QCA das Bestehen einer permanenten Kausalität ab. Es soll nicht nur ein einziges Kausalmodell betrachtet, das am besten mit den Daten übereinstimmt, sondern die Anzahl verschiedener Kausalmodelle bestimmt werden, welche in vergleichbaren Fällen existieren (Berg-Schlosser et al. 2009: 8). So kann man das Übersehen von Ausreißern verhindern. Zudem wird keine Einheitlichkeit der Fälle angenommen. QCA findet also Anwendung, um Daten zusammenzufassen, Zusammenhänge herzustellen und schließlich neue Hypothesen zu entwickeln.

3.2 Forschungsdesign

Die *Foreign Policy Analysis* zielt auf eine Erklärung der Handlungen und Motivationen der Außenpolitik eines Akteurs ab. Man nimmt an, dass die Außenpolitik auf menschlichen Entscheidungsträgern basiert, die einzeln und in Gruppen handeln. Diese Akteure sind die Grundlage für alles, was in den IB geschieht (Abbad/Ros 2005: 2). Inländische Faktoren sind Quellen für die internationale Strategiefindung einer populistischen Regierung. Politiker konstruieren Narrative mit dem Ziel, bestimmte außenpolitische Interessen zu erreichen. Populisten entwickeln ein Narrativ des Volkes gegen die Elite, um eine ideale Nation zu schaffen. Ebenso verbreiten sie ein Narrativ über die Art von internationalem Akteur, zu dem der Staat sich entwickeln soll. Es werden zwei kausale Prozesse beobachtet, welche die empirische Analyse der beiden Fälle leiten:

Festgelegt wird eine innen- und außenpolitische Dimension. Für die erste Kategorie muss die sozioökonomische Ausrichtung (sozialistisch/neoliberal) und die politische Ideologie (links/rechts Orientierung) des Präsidenten analysiert werden. Aus der Innenpolitik ergibt sich bedingt durch die *thick ideology* sowie der Handelsorientierung der Regierung (protektionistisch/freier Handel)

das Streben nach Autonomie oder Abhängigkeit auf internationaler Ebene. Diese Ideologie korreliert mit dem Grad der Ausprägung des Populismus in einem Regime. Wenn eine Regierung eine linke Ideologie, wie den Sozialismus annimmt, dann erfährt diese auch eine stärkere populistische Ausprägung. Der Sozialismus fordert eine auf Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit basierende Gesellschaft, in der es keinen Privatbesitz gibt. Diese Entwicklungsstufe geht dem Kommunismus voraus. Diese Ideologie impliziert außerdem ein protektionistisches Wirtschaftsmodell mit starken staatlichen Interventionen. Protektionismus meint staatliche Eingriffe zum Schutz inländischer Erzeugnisse vor ausländischer Konkurrenz, z. B. durch Zölle. Eine sozialistische populistische Regierung neigt dazu, eine autonome Strategie in der Außenpolitik zu verfolgen. Eine autonome Außenpolitik ermöglicht in diesem Fall v. a. eine Fortführung sozialistischer Innenpolitik, die auf dem Kampf für die Bedürfnisse der Arbeiterklasse basiert. Die eigene Wirtschaft wird durch den Protektionismus zunächst angekurbelt, indem im Inland Arbeitsplätze entstehen. Wenn jedoch eine Ideologie wie der Neoliberalismus angenommen wird und die Regierung daher eher gemäßigt populistisch ist, dann ist Abhängigkeit eine wahrscheinliche Verhaltensweise in der Außenpolitik. Die Philosophie des Neoliberalismus tritt für freie Märkte und weniger Staat ein, da die Effizienz des Marktes im Gegenzug zu den Ineffizienzen und hohen Kosten staatlicher Eingriffe überwiegt. Strukturreformpakete des IWFs erzwangen in ganz Lateinamerika ab 1985 eine umfassende Einführung des Freihandels und eine Privatisierung, die sich in den 90er-Jahren mit einem Rückgang der Zölle beschleunigte (Liverman/Vilas 2006: 329). Die Abhängigkeit in der Außenpolitik resultiert aus den angestrebten starken wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Staaten, die gemäß des Neoliberalismus maßgebend sind. Beim Nationalismus folgt vermutlich die Strategie des Isolationismus, da die eigene Nationalität glorifiziert und andere Nationen herabgesetzt werden. Dennoch muss man beachten, dass nicht alle Regierungen populistisch sind, die in ihrer Außenpolitik nach Autonomie oder Abhängigkeit streben. Denn Populismus ist v. a. ein innenpolitischer Prozess, der aber internationale Auswirkungen haben kann. Außerdem muss das Streben nach Autonomie oder Abhängigkeit einer Regierung nicht daraus resultieren, dass es eine Konfrontation mit einer Hegemonialmacht gibt (Thies/Wehner 2020: 326).

Die Analyseeinheit im Forschungsdesign sind Staaten. Die Fälle als spezifische Einheiten der Untersuchung sind Argentinien und Venezuela. Diese umfassen mehrere Beobachtungen, da die

abhängige und unabhängige Variable unterschiedliche Werte annehmen, die vor dem Hintergrund des Erkenntnisinteresses von Relevanz sind. Ziel ist es, durch eine theoriegeleitete empirische Erklärung die verschiedenen Verhaltensweisen in der Außenpolitik unter Rückgriff aller relevanter Erklärungsfaktoren mit vorhandenen politikwissenschaftlichen Theorien umfassend und kausal zu erläutern. Eine Ursachenkonfiguration soll entstehen, während der Fokus auf der Kombination von wenigen Faktoren und deren Zusammenspiel liegt. Es werden Hypothesen sukzessiv während der Analyse generiert und insignifikante Ursachen eliminiert. Auf Kontrollvariablen wird verzichtet, weil logisch gleichwertige unabhängige Variablen existieren: die beiden *thick ideologies* Sozialismus und Neoliberalismus. Die Annahmen werden an einer kleinen Anzahl von Fällen auf der Makro-Ebene getestet, um eine tiefe Erklärung breiter Varianz sowie eine hohe interne Validität zu erreichen. Das Phänomen wird in einzelnen Fällen erklärt, sodass für diese robuste Befunde zu erwarten sind, während dies weniger für das gesamte Falluniversum zutrifft. Eine Beobachtung ist darum ausreichend, um die Theorie zu verifizieren bzw. falsifizieren. Daher ist eine dichte Konzeptualisierung notwendig, um Messinterpretationen zu verhindern.

3.3 Fallauswahl

Die Fallauswahl erfolgt intentional und ist bedingt durch das Ziel der Analyse. Die Forschungsfrage untersucht die Effekte einer Ursache, ist also y-zentriert, sodass sich die Fallauswahl nach den Werten der abhängigen Variablen richtet. Bewusst wird auf der Seite des Explanandums nach sektorieller Varianz, demzufolge nach Unterschieden in den außenpolitischen Strategien zwischen Ländern, gesucht. Die abhängige Variable kann die Werte Autonomie oder Abhängigkeit annehmen, was aus der ideologischen Ausrichtung der Regierung resultiert. Diese Varianz im Explanandum entsteht durch Abweichungen in den Merkmalsausprägungen der Fälle. Die Anwendung der *method of difference* ermöglicht den Ausschluss des Einflusses von anderen Faktoren. Daher betrachtet die Analyse möglichst unterschiedliche Fälle bezüglich des Wertes für die abhängige Variable. Theoriegeleitet wird ein typischer sowie ein paradoxer Fall ausgesucht, der als Ausnahme gilt. Solche nicht bestätigenden Fälle erleichtern oft das Verständnis des zugrunde liegenden Prozesses (Berg-Schlosser et al. 2009: 7). Der Fall Venezuela gilt dabei als „paradox“, denn kein anderes demokratisches Land in Südamerika erlebte einen solchen radikalen ideologischen

Wechsel in der Außenpolitik. Währenddessen stellt Argentinien den typischen Fall dar, bspw. führt außerdem Kolumbien gute Beziehungen mit den USA.

Gegenüber gestellt werden in der Arbeit die außenpolitischen Strategien von Venezuela unter Hugo Chávez sowie von Argentinien unter Carlo Menem. Die *method of difference* wird angewandt, weil es sich zunächst um ähnliche Fälle handelt: Beide Staaten befinden sich geografisch in Lateinamerika, sodass der Umgang mit dem Hegemon im Norden permanent auf der politischen Agenda der Regierungen steht. Der Fall Chávez enthält hinsichtlich des populistischen Führungsstils der Präsidenten verstärkt die Kernelemente des Anti-Elitismus und der Förderung des Gemeinwohls. Die innenpolitische Verknüpfung von Populismus und Außenpolitik ist hier robuster, zumal Chávez ebenso international nach Anerkennung strebte. Dies macht den Fall Carlos Menem jedoch nicht weniger populistisch: Um das wirtschaftliche Wachstum zu beschleunigen, drängte dieser den Einfluss der Eliten im eigenen Land zurück. Daher weisen beide Fälle in ihren *domestic politics* Ähnlichkeiten hinsichtlich des Populismus auf. Für die lateinamerikanische Außenpolitik ist der kulturell-institutionelle Kontext ein entscheidender Erklärungsfaktor, denn zwischen den Staaten bestehen nationale Unterschiede. Allerdings ist in allen Ländern in Südamerika ein kultureller Wandel zu verzeichnen, nachdem außenpolitische Entscheidungsträger überholte Einstellungen und Verhaltensweisen aufgaben. Beispielsweise beendete Argentinien unter Carlos Menem seinen „Überlegenheitskomplex“, denn bis dato existierte ein Selbstverständnis einer überlegenen, europäischen Nation, die sich von Lateinamerika abhob. Der Wandel ermöglichte die Etablierung von regionalen Initiativen sowie das *Alignement* in Richtung der Präferenzen der USA (Hey 1998: 113). Dennoch existierten verschiedene Wirtschaftsformen in den Ländern: Argentinien etablierte aufgrund von Schuldenkrisen einen freien, marktwirtschaftlichen Handel innerhalb ihrer neoliberalen Ideologie. Währenddessen herrscht in Venezuela der Sozialismus und es kam begünstigt durch den Rohstoffboom zur Einführung eines Semi-Protektionismus. Da aber die USA der größte internationale Kunde Venezuelas ist, hatten Caracas und Washington ein starkes Interesse an der Fortsetzung der venezolanischen Ölverkäufe. Aus den Unterschieden in der Innenpolitik resultieren verschiedene Herangehensweisen in der internationalen Politik. Zu den Voraussetzungen für die Wahl der Strategie zählen ebenso die Position eines Staates im internationalen System, das Bedürfnis nach Status und Anerkennung sowie der Grad an Einbettung in

internationalen Organisationen. Die Außenpolitik eines populistischen Regierungschefs sollte sich primär nach dem allgemeinen Willen des Volkes richten.

3.3.1 Fallbeispiel Venezuela

Zunächst wird die innenpolitische Dimension festgelegt, denn diese beeinflusst die Strategien eines populistischen Regierungschefs in seinen internationalen Beziehungen. Hugo Chávez verfolgte eine nationalistisch-marxistisch orientierte Politik, die zur Annahme eines neuen Modells der sozioökonomischen Entwicklung führte: der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Chávez vertrat eine linke Ideologie, die Elemente des progressiven Neopopulismus enthält. Ähnlich wie der klassische Populismus stützt sich dieser auf nationalistische Beschwörungen und beschuldigt die nach außen orientierte Elite, das Land zu verraten. In dem petro-sozialen Staat kam es als Antwort auf die Globalisierung zu Verstaatlichungen, z. B. der Ölindustrie.

Die boliviarische Revolution verknüpft die Innen- und Außenpolitik eng durch eine stark populistische Komponente. Nicolás Maduro, der Nachfolger von Chávez, war dabei der Dienstälteste Außenminister. Eingeführt wurde der Semi-Protektionismus, sodass Chávez sich von marktorientierten Reformen fernhielt (siehe Tab. 1; Wajner 2021: 661). Dennoch konnte man ein gewisses Maß an Flexibilität in Bezug auf die wirtschaftlichen Interessen bewahren, sodass Venezuela ununterbrochen Öl an die USA verkaufte. In der internationalen Politik erkennt man bedingt durch den Sozialismus ein hohes Maß an Autonomiebestrebungen, denn die Abhängigkeit von den USA sollte beendet werden (siehe Tab. 1). Während die erste Amtsperiode von Chávez noch von stabilen Handelsbeziehungen mit den USA geprägt war, begann mit der Präsidentschaft von George W. Bush ein neues Verhältnis, mit der die traditionelle Partner- und Freundesrolle gebrochen wurde. Stattdessen erklärte Venezuela die Vereinigten Staaten zum Feind und Rivalen, zumal der US-Botschafter, während dem gescheiterten Putsch die Übergangsregierung anerkannte. Es galt die Vormachtstellung der USA als globale Macht und damit als Teil der Elite zu untergraben, um u. a. die imperialistischen Bestrebungen des Hegemon zu stoppen (Thies/Wehner 2020: 331). Dies förderte die Legitimation des gewählten autoritären Regierungssystems von Chávez. Darüber hinaus wurde Kolumbien als treuer Verbündeter der USA als Bedrohung für die Revolution angesehen. Trotz des Übergewichts an Aggression in der bilateralen Beziehung zu den USA stellen diese den größten Markt und damit eine Hauptfinanzierungsquelle für Venezuela dar. Allerdings

reduzierten die USA selbst ihre Abhängigkeit von den Ölimporten aus Venezuela, denn vor Chávez' Amtszeit kam noch 17 % ihres Ölimports aus Venezuela, aber bis 2008 verringerten sie dies auf 9,6 % (Clem/Maingot 2011: 7). Im Fall Venezuela kontrolliert der Präsident die Ölindustrie und die Streitkräfte. Wenn der Ölpreis hoch war, nutzte Chávez explizit eine antiimperialistische Rhetorik. Seine Rhetorik war also abhängig vom Preis sowie der real verfügbaren Menge der Ressourcen und seiner Fähigkeit, diese bereitzustellen. Dazu kam der *war on terror*, der die Außenpolitik der Vereinigten Staaten vollständig änderte, woraufhin Lateinamerika eine geringere Bedeutung in der außenpolitischen Agenda von Bush erhielt. Das ermöglichte es Chávez wiederum selbst eine trotzigere Außenpolitik zu präsentieren, sodass er 2006 auf einer UN-Generalversammlung Bush als „Teufel“ und „Esel“ beschimpfte (McCarthy-Jones/Turner 2011: 561). Chávez' Interesse lag außerdem in der Stärkung von regionalen Systemen, wie z. B. der ALBA (Alternativa Bolivariana para las Américas). Diese entwickelte er mit Verbündeten ähnlicher Ideologien und fungierte dann selbst als regionaler Führer, um seine Autonomie sowohl innerhalb des Bündnisses sicherzustellen als auch gegenüber den USA zu stärken.

Die Verbreitung des Antiamerikanismus war für Chávez Teil seiner Mission als Soldat, um seine Regierungsautonomie zu sichern (siehe Tab. 1). Für diese Strategie stützte sich Chávez besonders auf sein persönliches Charisma, damit seine Außenpolitik die gesellschaftliche Identität des Volkes widerspiegelt. Er zielte darauf ab, Venezuela von der Elite zu befreien, während er gleichzeitig ein treuer Verbündeter des Volkes war. Die innenpolitische Krise Venezuelas schuf in der Nation ein psychologisches Bedürfnis nach dem Glauben an Erlösung. Die Unterstützung aus der Gesellschaft war aber auch durch Chávez' persönliche Eigenschaften bedingt, wie z. B. seiner kämpferischen Rhetorik, seiner rednerischen und improvisatorischen Fähigkeiten sowie seiner Selbstüberschätzung. Solche Persönlichkeitsmerkmale erhöhen aber insgesamt die Wahrscheinlichkeit, dass Entscheidungen von geringerer Qualität getroffen werden, sodass es eher zu einem politischen Fiasko kommt (Thiers/Wehner 2022: 7). Die Dualität der venezolanischen Außenpolitik setzt sich somit aus der internationalen Ausrichtung sowie einem revolutionären Charakter zusammen, der auf den Ölressourcen des Landes fundiert ist. Eine Anerkennung der revolutionären Rolle erhielt der Präsident von Kuba sowie von Staaten, die ebenfalls einen Wechsel ins linke Spektrum der Politik vollzogen haben, z. B. von Argentinien, Bolivien und Brasilien (Thies/Wehner 2020: 334).

Zusammenfassend lässt sich behaupten, dass Chávez eine ideologisch-personalisierte außenpolitische Strategie verfolgte, da er als einzig legitimer Hauptakteur in Venezuelas Außenbeziehungen fungierte (siehe Tab. 1). Entscheidungen werden abhängig von den Persönlichkeitsmerkmalen des Präsidenten sowie von dessen effektiver Macht innerhalb der Regierungspartei personalisiert. Ein herausragendes Merkmal seiner Außenpolitik war die uneingeschränkte Einmischung von Chávez in auswärtige Angelegenheiten und ihre extreme Politisierung. Professionelle Agenturen des Auswärtigen Dienstes wurden demontiert, das Außenministerium umstrukturiert und unter den Willen des Präsidenten gestellt, ohne dass wirksame Kontrollmechanismen außerhalb der Exekutive existierten (Serbin/Serbin Pont 2017: 240). Chávez' Außenpolitik stellte schließlich einen permanenten Widerspruch zwischen dem Bestreben, die internationale Macht zu dezentralisieren und die innenpolitische Autorität zu konzentrieren, dar. Daher wurde Gruppen mit entgegengesetzten Interessen die Möglichkeit zur Teilnahme am politischen Prozess verwehrt (Mijares/Romero 2015: 170). Die Außenpolitik von Chávez ist somit stark populistisch und die abhängige Variable nimmt eindeutig Autonomiebestrebungen an, sodass die erste Hypothese vorläufig bestätigt wird.

Die nachfolgende Tabelle fasst die innenpolitische und internationale Dimension der beiden populistischen Präsidenten zusammen. Hierbei werden die innerstaatlichen Muster auf die internationale Ebene projiziert.

	Innenpolitik	Außenpolitik
Hugo Chávez	Verstaatlichungen Sozialismus Linke Ideologie	Anti-USA: Semi-Protektionismus Autonomie Ideologisch-personalisiert
Carlos Menem	Privatisierung Neoliberalismus Peronismus	Pro-USA: Freier Handel Abhängigkeit Pragmatisch-personalisiert

Tabelle 1. Handlungsmuster internationaler Politik von Venezuela (1999-2013) und Argentinien (1989-1999)

3.3.2 Fallbeispiel Argentinien

Carlos Menem ist ein Vertreter des neoliberalen Populismus (1980er/90er-Jahre). Er war Mitglied der peronistischen Partei, die traditionell die Interessen der Arbeiterklasse in Argentinien vertritt. Eine Grundidee im Peronismus ist es, einen Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus in einer Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit zu finden. Innenpolitisch führten neoliberale *Caudillos* marktorientierte Reformen ein, um die Wirtschaft und den Handel zu liberalisieren bzw. privatisieren und Subsidien abzubauen. Um die Verschuldungsfrage zu lösen, mussten Deregulierungen und Direktinvestitionen gefördert werden, sodass sich der Staat zurückzog (siehe Tab. 1). Menem sprach sich für eine bürgerzentrierte Außenpolitik aus, die sich von den realistischen und idealistischen Modellen seiner Vorgänger distanziert. Anstelle dessen sollte man diese mit Normalität und Pragmatismus verbinden: Es werden Beziehungen mit Nationen hergestellt, die bei der Lösung ökonomischer und sozialer Probleme helfen, denn der Lebensstandard der eigenen Bevölkerung soll nach dem Vorbild des Nordens steigen (Bodemer 2002: 406). Das primäre Ziel ist es, innerhalb einer liberalen Demokratie den Bürgern zu dienen, d. h. das wirtschaftliche Wachstum zu fördern. In der Außenpolitik zeigt sich dieses Interesse im Explanandum „Abhängigkeit“ von den Vereinigten Staaten, sodass sich Argentinien zu einem treuen Verbündeten sowie einem multilateralen Staat entwickelte (siehe Tab. 1). In der Geschichte von Argentinien war das Verhältnis zu den USA eher auf Konfrontation ausgerichtet, nachdem eine wirtschaftliche Prosperität aufgrund von einer extensiven Landwirtschaft bestand. Daher existierten Ambitionen in Richtung des Großmacht-Status, der noch durch die geografische Isolierung Argentiniens verstärkt wurde. Während des Peronismus erfolgte darum eher eine nationalistische Außenpolitik, die gegen die USA ausgerichtet war (Bodemer 2002: 407). Menem und sein Außenminister Domingo Cavallo entschlossen sich, das Vertrauen der USA wieder zu erwerben, da die chaotische Wirtschaftssituation eine strategische Allianz mit dem Hegemon im Norden notwendig machte. Konflikatives Verhalten mit der westlichen Führungsmacht wäre mit erheblichen Kosten verbunden. Diese könnten Unterstützung als Handelspartner, Kreditgeber und Investor sowie als Einflussgröße in den internationalen Finanzinstitutionen leisten. Zudem bestanden die Bestrebungen darin, Zölle abzubauen, wodurch u. a. eine Außenöffnung erfolgte. Damit befand sich Menem im Einklang mit dem von den USA propagierten neoliberalen „Konsens von Washington“. Das Ziel war das

Entkommen aus den andauernden Finanzkrisen in Lateinamerika seit den 1980er-Jahren. Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Triumph der USA förderte der Hegemon die Verbreitung des Neoliberalismus sowie eine Ausweitung der Globalisierung. Daher erhielt Argentinien schließlich Zugang zum IWF. Der Austritt aus der blockfreien Bewegung unterstrich Menems Interesse an der Abhängigkeit von den USA. Als Symbol Argentiniens neuer Außenpolitik wurde das Entsenden eines Truppenkontingents und von Kriegsschiffen während des Golfkrieges 1991, obwohl Argentinien während beider Weltkriege eine neutrale Position vertrat. Ebenso versprach Menem eine aktive argentinische Unterstützung im Kampf gegen die Drogenmafia und gab zu, dass dies das größte Risiko in Lateinamerika sei. In der Kuba-Frage übernahm Menem außerdem vollständig den US-Standpunkt und forderte einen spürbaren politischen Wandel als Voraussetzung für Hilfeleistungen. Die pro-amerikanische Außenpolitik war zudem gekennzeichnet durch eine konsequente Förderung des UN-Sicherheitsrates sowie dessen Resolutionen. Als Gegenleistung für den bedingungslosen Beistand erhielt Argentinien einen 1,4 Milliarden US-Dollar Kredit des IWF, nachdem sich die USA bei den Kreditgebern für eine Schuldenlösung einsetzten. Dennoch machte der Handel mit Argentinien nur 0,2 % am ganzen Außenhandel der USA aus, während Argentinien 21,6 % seiner Importe aus den Vereinigten Staaten bezog. Demzufolge hatte die Allianz für die USA eher einen symbolischen Wert (Bodemer 2002: 409). Menem rechtfertigte den außenpolitischen Wandel in seinem Land mit der hohen Bedeutung von Interdependenzen sowie Kooperation in der Weltordnung. Die Zusammenarbeit basiert auf der Annahme der universell akzeptierten hegemonialen Werte und auf der Bejahung von Demokratie, Freiheit sowie Menschenrechten. Frieden entsteht durch kooperative Sicherheit, sodass es ihm wichtig war, eine „Friedenszone“ für Argentinien zu etablieren. Das Modell der Importsubstitution war verantwortlich für den Niedergang bzw. die Isolation Argentiniens, sodass neue Präferenzbeziehungen für eine Wiedereingliederung in die Erste Welt hergestellt wurden (Bernal-Meza 2002: 75). Daher bekundete Menem mehrfach das Interesse an einer NATO-Mitgliedschaft.

Der Stil der internationalen Politik von Menem kann aufgrund der hohen Verschuldung Argentiniens als pragmatisch, aufgrund des populistischen Charakters jedoch auch als personalisiert eingestuft werden (siehe Tab. 1). Die USA wurden demonstrativ als privilegierter Partner beschrieben, da Argentinien als mittlere Macht nicht über die Kapazität für eine globale Außenpolitik

verfügt. Daher konzentriert sich Menems Strategie pragmatisch auf die Bündnispartner, von denen man Beistand bei dem Aufbau einer konkurrenzfähigen Wirtschaft erwarten konnte. Seine Außenpolitik wird damit zum „Reflex der Innenpolitik“ (Bodemer 2002: 408). Diese Argumentation unterstützt außerdem die zweite Hypothese, denn Menem vertrat in der Innenpolitik einen gemäßigten populistischen Stil, sodass sich dieser aufgrund seines Strebens nach Abhängigkeit folglich in seine Außenpolitik übersetzte.

4 Ergebnisse

Was sind die zentralen Merkmale der populistischen Außenpolitik in Lateinamerika? Trotz formaler Souveränität haben südamerikanische Staaten aufgrund ihrer besonderen geografischen Lage keine völlige Freiheit in ihrer internationalen Politik. Die Karibik und Lateinamerika gelten für die USA als hochsensible Sicherheitszone, sodass sich das Handeln dieser Länder den Grenzen der amerikanischen Toleranz fügen muss. Die Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten dürfen nicht beeinträchtigt werden. Der Begriff *autonomía periférica* wird für die Beschreibung einer abhängigen Außenpolitik benutzt. Dies ist klar zu differenzieren von der *autonomía secesionista*, welche eine offene Herausforderung der US-Politik fordert. Das kann durch Revolution, Sozialismus oder einer pro-russischen Orientierung geschehen (Drekonja-Kornat 1986: 241). Nun erfolgt ein Vergleich der außenpolitischen Strategien hinsichtlich populistischer Charakteristiken. Dabei ist folgender Mechanismus zu beachten:

Stark populistische Innenpolitik	→	Stark populistische Außenpolitik
Wenig populistische Innenpolitik	→	Wenig populistische Außenpolitik

4.1 Determinanten in der Außenpolitik von Hugo Chávez

Es wird deutlich, dass in der zweiten Phase der Amtszeit der populistischen Regierung der Fokus auf außenpolitischen Fragen lag. Dies war möglich, weil bereits ein gewisses Maß an Autonomie in diesem Bereich vorhanden war. Die Verbreitung von Regionalismus innerhalb von Lateinamerika schuf ein Gegengewicht zu den USA. Für die Herstellung einer *mundo multipolar*, in welcher die Stärkung der Souveränität Venezuelas in der internationalen Gemeinschaft Priorität hatte, investierte Chávez übermäßig in die Gründung alternativer zwischenstaatlicher Bündnisse. Dafür nutzte er den beispielhaften Anstieg der Ölpreise. Internationale Institutionen spielen eine Schlüsselrolle in der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit durch den Aufbau von Interdependenzen. Seine *thick ideology* bestimmte dieses Engagement. Dazu kommt das Streben nach Status, denn internationale Institutionen beeinflussen, welche Interessen aus der Gesellschaft sich schließlich durchsetzen. Zu den wichtigsten Gründungen gehört der wirtschaftliche Handels- und Entwicklungsblock ALBA, der von Venezuela und Kuba 2004 initiiert wurde. ALBA begann mit dem Austausch von Ressourcen, aber ermöglichte ebenso einen Tausch von ca. 20.000 kubanischen

Ärzten gegen stark subventioniertes venezolanisches Erdöl. Somit entstand ein nicht-traditionelles Tauschhandelssystem mit dem Schwerpunkt auf sozialer und regionaler Entwicklung. Mit dem Beitritt von Bolivien, Ecuador und Nicaragua erhofften sich diese eine Subventionierung ihrer eigenen linksorientierten Entwicklungsmodelle durch die wirtschaftlichen Ressourcen von Venezuela. Chávez als Führer der regionalen Gruppe framtete dies als Realisierung des Traums von Bolívar einer geeinten lateinamerikanischen Region. Tatsächlich fungierte es als Gegenstück zur FTAA (Free Trade Area of the Americas), die 2003 gescheitert war, da lateinamerikanische Regierungen den neoliberalen Ansatz vermehrt ablehnten (McCarthy-Jones/Turner 2011: 557f.). Außerdem versuchte Chávez den Einfluss Venezuelas in der UNASUR auszuweiten sowie initiierte er gemeinsam mit Brasilien den Südamerikanischen Verteidigungsrat. Chávez schlug ebenfalls die Gründung der *Banco del Sur* vor, die den IWF für Lateinamerika ersetzen könnte. Zuletzt finanzierte er *Telesur*, damit anti-amerikanische und populistische Botschaften auf dem ganzen Kontinent verbreitet werden (Sagarzazu/Thies 2019: 207). 2012 trat Venezuela dem Mercosur bei, um Zugang zum Binnenmarkt Südamerikas zu erhalten. Bei den Plänen von Chávez zur Umgestaltung der Region geriet er immer wieder in Konflikte mit Brasilien, da diese die Rolle des regionalen Hegemon für sich beanspruchen. Der Linkspopulist initiierte im Zusammenhang mit seiner regionalen Legitimationsstrategie ebenso die Wiederherstellung einer kollektiven Solidarität in transnationaler Hinsicht. Die regionale Führung des Chavismo artikulierte den „Nuestramericanism“ („Unser Amerikanismus“), welcher eine Kombination verschiedener Identitäten ermöglicht. Um die hegemoniale Position der USA zu untergraben, war in der Erdölpolitik die *Petro-Allianz* ein primäres außenpolitisches Instrument von Chávez. *PetroSur* und *PetroCaribe* sollten in der gesamten Region Öl zu vergünstigten Preisen sicherstellen. Diese subregionalen Energieabkommen erzeugten politische Abhängigkeit und machten Venezuela zu einem alternativen Partner kleinerer Staaten. Insbesondere während des Ölbooms von 2003-2009 erlangte der Linkspopulismus einen enormen Aufschwung, sodass die neoliberale Betonung von Privatisierung und Deregulierung in der Wirtschaft kaum mehr Beachtung fand. Der populistische Diskurs konzentrierte sich auf die Verteilung des Reichtums. Als die Ölindustrie 2007 in Venezuela verstaatlicht wurde, gerieten ausländische Investoren unter Druck, da der Staat nun die Kapitalmehrheit besaß. Dies

stellte nicht nur ein klares außenpolitisches Signal an die Kapitalanleger dar, sondern unterstrich auch die zunehmende Abschottung Venezuelas von der Außenwelt.

Die Regierung neigte in ihren internationalen Beziehungen ebenso zu *soft balancing* Strategien, was besonders verbreitet ist, wenn sich außenpolitische Narrative auf Nationalismus und Antiimperialismus gründen (Wajner 2021: 661). Diese Methode basiert auf Diskursen sowie institutionellen Ressourcen und soll regionale Machtasymmetrien entschärfen bzw. die eigene ökonomische Position gegenüber der Führungsmacht stärken. Durch übermäßige Investitionen in soziale Projekte im Ausland werden die außenpolitischen Ziele anderer mächtiger Nationen ohne militärische Maßnahmen vereitelt. Solche enormen Ausgaben scheinen gegen Kritik immun zu sein (Corrales 2009: 97). Diese Strategie spiegelt sich in den *misiones sociales* von Chávez wider, die untere Klassen in der Gesellschaft versorgen sowie ausgeschlossene Menschen ebenso im Ausland integrieren sollten. Der Hintergrund war das Etablieren der lateinamerikanischen Solidarität, v. a. mit Ecuador und Bolivien, innerhalb einer *social power diplomacy*. Dafür wurden z. B. in Peru 200 „Casas del Alba“ finanziert, die angeblich Alphabetisierungs- und Gesundheitsdienste von kubanischen Ärzten anbieten, in Wirklichkeit aber eine linksradikale Ideologie verbreiten und zum politischen Protest aufrufen. Die Direktinvestitionen im Ausland durch Venezuela beliefen sich 2006 auf 8 % ihres Anlagekapitals und waren ausschließlich für Entwicklungsprojekte bestimmt (Corrales 2009: 99). Chávez konnte auf diese Weise Verbündete gewinnen, denn die venezolanische Hilfe war kaum an Konditionen geknüpft, sodass man diese nur schwer ablehnen konnte. Für kleine Staaten galt die Sozialdiplomatie daher als weit attraktiver als multilaterale Kreditinstitute, die Auszahlungen unter strengen Kontrollen und Bedingungen anboten. Dazu kommt, dass die Hilfe als Blankoscheck für jede Art der Ausgabe im Inland fungierte, was jedoch nicht unbedingt den Armen zugutekam. Zwar wird die Hilfe als Investition in soziale Dienste geframt, ist jedoch der „Export von Korruption“ (Corrales 2009: 101). Im September 2006 gaben 70 % der Venezolaner an, mit diesen Investitionen nicht übereinzustimmen (Magdaleno 2011: 56). Eine andere Studie fragte nach der schlechtesten Verwendung der Öleinnahmen, wobei 24 % der Befragten den Beitrag zum Bau einer Samba Schule in Brasilien nannte (Magdaleno 2011: 63). Der Sozialismus von Chávez bestand schließlich nur aus Mitteln und keiner Produktion, es war somit eher ein „Showcialismo“, ein endloses Spektakel von milliardenschweren Projekten (The New

York Times, 15.03.2022). Dazu kommt die Strategie des *hard balancing*, die geostrategisch ausgerichtet war: Chávez versuchte eine militärische Kapazität zu entwickeln, um einer möglichen Intervention unter der Führung der USA zu begegnen. Außerhalb von Lateinamerika verbreitete Chávez seine revolutionäre Rolle, indem er Beziehungen zum Iran, Syrien und Belarus ausbaute, nachdem diese sich ebenso gegen die Weltanschauung der USA positionieren. Standpfeiler dieser Bündnisse sind v. a. Rüstungshandel und Technologietransfer. China und Russland lehnten eine solche ideologische Allianz mit Venezuela ab, akzeptierten aber den Aktivismus gegen die Vorherrschaft.

4.2 Determinanten in der Außenpolitik von Carlos Menem

Die populistische Außenpolitik unter Menem ist unter dem von Escudé entwickelten Leitbegriff „peripherer Realismus“, zu verordnen. Dieser ist eine „Außenpolitik im Dienste des Volkes“, denn das Endziel ist die Entwicklung eines Staates, der sie implementiert (Clarín, 02.01.2021). Argentinien soll demnach den wirtschaftlichen Niedergang sowie die politische Isolierung durch eigene Fehlentscheidungen und kontraproduktive außenpolitische Konfrontationen z. B. mit den USA ausgelöst haben. Nur eine dauerhafte Allianz mit dem Hegemon kann dies revidieren, was der Strategie von Menem entspricht. Demnach war die Hyperinflation ausschlaggebend für die Kooperation mit den USA, da das Volk ein Ende der Krise forderte und die Außenpolitik folglich darauf reagierte. Das wichtigste außenpolitische Ziel abhängiger Staaten muss somit die wirtschaftliche Entwicklung und die Aufgabe von Autonomiebestrebungen sein. Um Ausgaben und Risiken zu reduzieren, wird mit den Führungsmächten des Nordens in Bereichen, die nationale Interessen nicht gefährden, zusammengearbeitet. So sollen Konfrontationen begrenzt und ein interner wirtschaftlicher Fortschritt erreicht werden. Die Veränderung in der internationalen Politik war ebenso bedingt durch den Übergang zur Demokratie nach der Militärdiktatur. Diese entspricht somit dem Produkt des allgemeinen Strukturwandels in Argentinien (Giacalone 2012: 340). Die außenpolitische Priorität Menems, komplexe Interdependenzen mit den USA zu etablieren, entsprach nicht dem Erbe des Peronismus. Die Vereinigten Staaten erschienen aber in der post-bipolaren Weltordnung als politische und militärische Führungsmacht sowie als Garant einer freien Marktwirtschaft. Das Interesse an der Herstellung von *relaciones carnales* führte zu einer bedingungslosen Unterstützung der US-amerikanischen sicherheitspolitischen Initiativen während der

zwei Amtszeiten von Menem (Bodemer 2002: 411). Escudé kritisierte zwar den wirtschaftlichen Neoliberalismus der Regierung Menems, aber deren Außenpolitik verteidigte er vehement.

Abgesehen von der Allianz mit den USA nahm Argentinien in seiner Außenpolitik die Rolle als regionaler Integrator ein. Die bilateralen Beziehungen mit Brasilien und Chile wurden verstärkt, um eine starke kontinentalamerikanische Identität herzustellen. Beispielsweise entwickelte sich Argentinien zu Brasiliens größtem Erdöllieferanten. Mit seinen Nachbarländern etablierte Argentinien den gemeinsamen Markt Mercosur aus der Überzeugung heraus, dass wirtschaftliche Entwicklung mit Demokratisierung korreliert. Jedoch verfolgte Argentinien bis 1997 eine *double standing* Politik innerhalb ihrer Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Entscheidung für die FTAA oder Mercosur. Da aber Brasilien keine außenpolitische Priorität für Menems Außenpolitik darstellte, sondern dieser vielmehr auf eine Annäherung an die USA abzielte, ging die bilaterale Beziehung nicht über eine Interdependenz hinaus, die sich auf den kommerziellen Bereich des gemeinsamen Markts beschränkte (Bernal-Meza 2002: 83). Denn das Verhältnis beider Staaten ist geprägt von einer langjährigen Rivalität um die Vorherrschaft in Südamerika. Die wiederholten Wirtschaftskrisen wirkten sich dabei nur begrenzt auf die Selbstwahrnehmung Argentiniens aus. Die pro-nordamerikanische Orientierung belastete zudem die Beziehungen zu anderen lateinamerikanischen Partnern, insbesondere herrschte eine Verstimmung über argentinische Alleingänge, z. B. mit dem Ausschluss Kubas aus dem interamerikanischen System. Nach der Niederlage im Falkland/Malvinas-Konflikt 1982 strebte Menem außerdem danach, die Verhandlungsblockade mit Großbritannien zu überwinden, um wirtschaftliche Beziehungen zur EU aufzubauen. Obwohl die Staaten bei der Frage zur Souveränität keine Einigung erzielten, wurden diplomatischen Kontakte wieder aufgenommen.

Neben geringen Machtkapazitäten tragen Schuldenkrisen zur Abhängigkeit in der Außenpolitik bei. In Lateinamerika stammt der überwiegende Teil des geliehenen Geldes aus den USA, woraus ein Machtgefälle resultiert. Dazu kam die Schwächung der Bipolarität mit dem Ende des Kalten Krieges, was zu einer Stärkung des Einflusses der USA und einer abhängigeren lateinamerikanischen Außenpolitik führte (Hey 1997: 643). Ein abhängiges Regime handelt somit nach den Wünschen ausländischer Interessen. Fraglich ist, ob die *pro-core* Politik aus Zwang oder Überzeugung umgesetzt wird. Die Übereinstimmung ist jedoch meist auf Konsens zurückzuführen, zumal die

Regierung z. B. oft von Geschäftsunternehmen im Kernland profitiert. Menems neoliberales Experiment scheiterte jedoch und endete in einer erneuten Finanzkrise, einer schweren Rezession und einer massiven sozialen Protestbewegung in den Jahren 2001 und 2002. Der Neoliberalismus führte zwar kurzfristig zu Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage, längerfristig bewirkte dieser hingegen einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und eine Senkung der Reallöhne. Die weitverbreitete Korruption höhnte die Glaubwürdigkeit von Menems Reformen aus (Roberts 2007: 12). Angesichts der internen wirtschaftlichen und politischen Probleme sowie des externen Drucks setzte sich eine Außenpolitik des *muddling through* durch, die keine Spuren mehr der Grundsatzdebatten früherer Jahre enthielt.

5 Fazit

Populisten bilden überall auf der Welt Regierungen. Daher ist es notwendig, die Folgen dieses Phänomens für die IB zu untersuchen. Die Außenpolitik von populistischen Politikern ist stärker personalisiert, da ihr Anspruch darin besteht, der einzig wahre Vertreter des Volkes zu sein und den Volkswillen zu verkörpern. Daraus resultiert eine Zentralisierung der außenpolitischen Entscheidungen beim Führer und einem kleinen Kreis von Beratern, wodurch eine Prioritätensetzung erfolgt. Diese bearbeiten ausgewählte Themen, die im direkten Zusammenhang mit der Agenda des Regierungschefs stehen (Destradi/Plagemann 2019: 726). Bestehende Trends, insbesondere Multipolarität sowie die Tendenz zur Diversifizierung internationaler Partnerschaften, werden eher verstärkt, um sich von exklusiven Bündnissen zu entfernen. Dazu kommt, dass die Außenpolitik in Lateinamerika auf die Dritte Welt ausgerichtet ist und daher eher eine anti-status quo Politik verfolgt wird: Die Marginalisierung etablierter außenpolitischer Instrumente kann etwa auf Widerstand der Bürokratie stoßen und zu Umsetzungsproblemen führen. Ebenso leidet die Effektivität einer Außenpolitik unter der mangelnden Expertise von Beratern, wenn man diese außerhalb des Establishments rekrutiert. Es entsteht aber keine radikale Neuordnung der Weltpolitik, sondern eine „fließende und weniger intellektuelle internationale Ordnung“ (Destradi/Plagemann 2019: 729).

Für der innen- und außenpolitischen Ausprägung der Populisten ist die *thick ideology* essenziell. An dieser Ideologie orientieren sich Populisten und vermeiden plötzliche Kurswechsel, um ihre Glaubwürdigkeit zu bewahren. Die Unvorhersehbarkeit von populistischer Politik mildert diese zusätzlich ab, denn man muss eine Umsetzung der Kernpunkte erwarten. Die Auswirkung der innenpolitischen Umstände - die sozioökonomische Ausrichtung sowie die politische Ideologie des Präsidenten – ist signifikant für die Wahl der außenpolitischen Strategie. Dabei spielt es eine wichtige Rolle, welche Ideologie die Regierung aufgrund ihrer präferierten Wirtschaftsform annimmt und wie stark populistisch diese daher ist. Die Autonomiedebatte in Lateinamerika litt allerdings unter den Militärregimen bis in die 1980er-Jahre, denn durch die Diktaturen wurden die meisten Akademiker innerhalb der Region verdrängt. Die hohen Auslandsverschuldungen als Erbe dieser Regime lenkten die Aufmerksamkeit zunächst auf das Lösen der wirtschaftlichen Probleme, bevor sich die Frage nach mehr Autonomie von der Hegemonialmacht stellte. Generalisierbar ist

jedenfalls, dass schwierige innenpolitische Zeiten den Aufstieg von Populisten fördern. Aufgrund ihrer emotionalen Kritik am aktuellen System eines Staates vertreten diese eine entgegengesetzte politische Einstellung als die gegenwärtige. Daher resultieren aus diversen nationalen Problemen unterschiedliche Strategien populistischer Außenpolitik.

Erst mit dem Beginn der postautoritären Phase ab 1983 fand Argentinien zur Normalität zurück und die erste demokratische Regierung trug zu mehr Berechenbarkeit in den außenpolitischen Beziehungen bei. Menem bezeichnete seine Politik selbst als „kopernikanische Wende“, jedoch kam es eher zu Akzentverschiebungen und Korrekturen der vorherigen Regierung (Bodemer 2002: 427). Menem kämpfte v. a. gegen die Hyperinflation und die zunehmende Verarmung an, sodass er die Macht der bürokratischen Elite zerstörte, weil diese die wirtschaftlichen Reformen aufhielten. Eine anti-elitäre Komponente ist demnach vorhanden, da gemäß Menems Ansicht die Neuerungen dem Volk zugutekommen und außerdem dem allgemeinen Willen entsprechen. In Argentinien reagierte die Außenpolitik in den 90er-Jahren sensibel auf innenpolitische Veränderungen. Signifikant für die internationale Ausrichtung war die Stärke des Mitte-Links Kabinetts, da die ideologische Ausrichtung des Kabinetts auch die ideologische Denkweise des Präsidenten widerspiegelte (Malamud/Neto 2015: 21). Ausschlaggebend für außenpolitische Entscheidungen war ebenso der Druck von internationalen Akteuren, z. B. des IWF. Dieser verlangte eine Liberalisierung des Arbeitsmarkts im Gegenzug für einen Kredit, sodass Menem für das Vorantreiben der neoliberalen Reformen den Kongress umging. Seine Außenpolitik konzentrierte sich auf das wirtschaftliche Wachstum sowie den Außenhandel, daher etablierte er wegen eines besseren Kosten-Nutzen-Kalküls eine bedingungslose Gefolgschaft gegenüber den USA sowie eine Vertiefung der transnationalen Beziehungen. Die symbolischen Gesten, wie das Entsenden von Militär an den Persischen Golf zeugten aber eher von Selbstüberschätzung als einer peripheren realistischen Außenpolitik. Die bürgerzentrierte Strategie von Menems Außenpolitik besteht demnach im Streben nach Abhängigkeit, indem er den Neoliberalismus als neues ökonomisches Modell einsetzte. Die neue Rolle Argentiniens als treuer Verbündeter der USA und regionaler Integrator nutzte Menem aus ökonomischen Gründen und um den Einfluss der Eliten zu reduzieren.

Im Gegenzug verteidigt der *Chavismo* die bolivarianische Revolution im Inland und stellt sich gegen die Hegemonie der USA. Es war daher notwendig, die Macht im eigenen Land zu konzentrieren

und das „neue Venezuela“ durch den Aufbau von Bündnissen zu einem internationalen Akteur zu machen. Im Gegensatz zu Menem priorisierte Chávez ein hohes Maß an Autonomie in seiner Außenpolitik gegenüber den USA und dem Westen. Diese Strategie profitierte durch den Ölreichtum des Landes und sollte auf regionaler Ebene eine ähnliche Rolle von Chávez wie im Inland propagieren. Dessen internationale Initiativen werden treffend als „Ausbruch der Impulsivität“ und „unpraktisch und schlecht durchdacht“ beschrieben (Clem/Maingot 2011: 6): Hierzu zählt das *soft balancing*. Aufgrund dieser außenpolitischen Strategie verfiel die Infrastruktur des Landes inklusive der Öltraffinerien, Straßen, der Wasser- und Stromversorgung. Dazu kam der moralische Verfall durch Korruption im Regime sowie die Ineffizienz der zentralisierten Politik und Wirtschaft. Venezuelas Außenpolitik unter Chávez wurde zunehmend radikaler und militarisiert, denn ein Krieg mit Kolumbien stand kurz bevor, sodass der Präsident enorm in die Aufrüstung investierte. Seine Umverteilungspolitik brachte Millionen von armen Venezolanern zwar bessere Lebensbedingungen. Doch das Erbe von Hugo Chávez ist durch die Untergrabung der demokratischen Institutionen befleckt und lebt im heutigen Venezuela mit Nicolás Maduro als Präsident weiter.

Literaturverzeichnis

- Abbad, Amir/Ros, Nad* 2005: Foreign Policy Analysis: Actor-Specific Theory and the Ground of International Relations, in *Foreign Policy Analysis* 1: 1, 1-30.
- Aguilar, R./Castanho Silva, B./Hawkins, K. A./Jenne, E. K./Rovira Kaltwasser, C./Kocijan, B.* 2019: Measuring Populist Discourse: The Global Populism Database, in: EPSA Annual Conference in Belfast, UK, June 20-22.
- Aguilar, R./Castanho Silva, B./Hawkins, K. A./Jenne, E. K./Rovira Kaltwasser, C./Kocijan, B.* 2019: Populist Speech Data, in: *Populist speech data.xlsx* (live.com); 06.06.2022.
- APuZ* 2019: "Fluch der Ressourcen"? Die Bedeutung des Erdöls für die venezolanische Wirtschaft, in: "Fluch der Ressourcen"? | bpb.de; 06.06.2022.
- Berg-Schlosser, Dirk/de Meur, Gisèle/Ragin, Charles C./Rihoux, Benoit* 2009: Qualitative Comparative Analysis (QCA) as an Approach, in: Ragin, Charles C./Rihoux, Benoit (Hrsg.): *Configurational Comparative Methods. Qualitative Comparative Analysis (QCA) and Related Techniques*, Los Angeles, London, New Delhi, Singapore: SAGE Publications, 1-17.
- Bernal-Meza, Raúl* 2002: Política Exterior Argentina: De Menem a De La Rúa ¿Hay una Nueva Política? In: *São Paulo em Perspectiva* 16: 1, 74-93.
- Bodemer, Klaus* 2002: Argentinische Außenpolitik: Die schwierige internationale Positionierung einer Macht zweiter Ordnung, in: Bodemer, Klaus/Pagni, Andrea/Waldmann, Peter (Hrsg.): *Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*, Frankfurt: Vervuert Verlag, 403-434.
- BP Statistical Review of World Energy 2021*: Weltweite Ölreserven nach Ländern im Jahr 2020 (in Milliarden Barrel), in: *Ölreserven nach Ländern weltweit 2020* | Statista (uni-muenchen.de); 19.06.2022.
- Buche, Antje/Carstensen, Johann* 2009: Qualitative Comparative Analysis: Ein Überblick, in: Gross, Christiane/Kriwy, Peter (Hrsg.): *Klein aber fein! Quantitative empirische Sozialforschung mit kleinen Fallzahlen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 65-92.
- Cadier, David/Destradi, Sandra/Plagemann, Johannes* 2021: Populism in Foreign Policy: A Research Agenda (Introduction), in: <https://doi.org/10.1057/s41295-021-00255-4>; 31.03.2022.
- Castañeda, Jorge G.* 2006: Latin America's Left Turn, in: *Council on Foreign Relations* 85: 3, 28-43.

- Chrysogelos, Angelos* 2017: Populism in Foreign Policy, in:
<https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.467>; 30.03.2022.
- Clem, Ralph/Maingot, Anthony* 2011: Introduction. Continuity and Change in Venezuela's Petro-Diplomacy, in: Clem, Ralph/Maingot, Anthony (Hrsg.): Venezuela's Petro-Diplomacy. Hugo Chávez's Foreign Policy, Gainesville: University Press of Florida, 1-15.
- Corrales, Javier* 2009: Using Social Power to Balance Soft Power: Venezuela's Foreign Policy, in: The Washington Quarterly 32: 4, 97-114.
- Destradi, Sandra/Plagemann, Johannes* 2019: Populism and International Relations: (Un)Predictability, Personalisation, and the Reinforcement of Existing Trends in World Politics, in: Review of International Studies 45: 5, 711-730.
- Doyle, David* 2011: The Legitimacy of Political Institutions: Explaining Contemporary Populism in Latin America, in: Comparative Political Studies 44: 11, 1447-1473.
- Drekonja-Kornat, Gerhard* 1986: The Rise of Latin America's Foreign Policy: Between Hegemony and Autonomy, in: Latin American Research Review 21: 2, 238-245.
- Fiore Viani, Gonzalo* 2022: Debate. Escudé y la Vigencia del "Realismo Periférico", in: Clarín, 02.01.2021, in: Escudé y la vigencia del "realismo periférico" (clarin.com); 22.05.2022.
- Flemes, Daniel/Wehner, Leslie* 2012: Strategien südamerikanischer Sekundärmächte, in: GIGA Focus Lateinamerika: 4, 1-8.
- Frajman, Eduardo* 2014: Broadcasting Populist Leadership: Hugo Chávez and Aló Presidente, in: Journal of Latin American Studies 46: 3, 501-526.
- Giacalone, Rita* 2012: Latin American Foreign Policy Analysis: External Influences and Internal Circumstances, in: Foreign Policy Analysis 8, 335-353.
- Hawkins, Kirk* 2003: Populism in Venezuela: The Rise of Chavismo, in: Third World Quarterly 24: 6, 1137-1160.
- Hey, Jeanne A K* 1997: Three Building Blocks of a Theory of Latin American Foreign Policy, in: Third World Quarterly 18: 4, 631-657.
- Hey, Jeanne A K* 1998: Is There a Latin American Foreign Policy? In: Mershon International Studies Review 42: 1, 106-116.

- Liverman, Diana M./Vilas, Silvina* 2006: Neoliberalism and the Environment in Latin America, in: Annual Review of Environment and Resources 31: 327-363.
- Magdaleno, John G.* 2011: Public Opinion and Venezuelan Foreign Policy in: Clem, Ralph/Maingot, Anthony (Hrsg.): Venezuela's Petro-Diplomacy. Hugo Chávez's Foreign Policy, Gainesville: University Press of Florida, 49-67.
- Malamud, Andrés/Neto, Octavio Amorim* 2015: What Determines Foreign Policy in Latin America? Systemic versus Domestic Factors in Argentina, Brazil, and Mexico, 1946–2008, in: Latin American Politics and Society 57: 4, 1-27.
- McCarthy-Jones, Anthea/Turner, Mark* 2011: Explaining Radical Policy Change: The Case of Venezuelan Foreign Policy, in: Policy Studies 32: 5, 549-567.
- Mijares, Victor M./Romero, Carlos A.* 2016: From Chávez to Maduro: Continuity and Change in Venezuelan Foreign Policy, in: Contexto Internacional 38: 1, 165-201.
- Moravcsik, Andrew* 1997: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: International Organizations 51: 4, 513-553.
- Mudde, Cas* 2004: The Populist Zeitgeist, in: Government and Opposition 39: 4, 541-563.
- Padgett, Tim* 2022: Things Are Never So Bad That They Can't Get Worse. Inside the Collapse of Venezuela, in: The New York Times, 15.03.2022, in: The Disaster That Is Venezuela - The New York Times (uni-muenchen.de); 22.05.2022.
- Patenè, Manuel* 2017: Populismus – Ein nicht zu fassendes Gespenst? Von der Geschichte eines Phänomens und seiner undefinierbarkeit über demokratietheoretische Implikationen bis hin zu neusten Entwicklungen, in: Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft (Hrsg.): Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft, 1-106.
- Roberts, Kenneth M.* 2007: Latin America's Populist Revival, in: The SAIS Review of International Affairs 27: 1, 3-15.
- Sagarzazu, Inaki/Thies, Cameron G.* 2019: The Foreign Policy Rhetoric of Populism: Chávez, Oil, and Anti-Imperialism, in: Political Research Quarterly 72: 1, 205-214.
- Serbin, Andrés/Serbin Pont, Andrei* 2017: The Foreign Policy of the Bolivarian Republic of Venezuela: The Role and Legacy of Hugo Chávez, in: Latin American Policy 8: 2, 232-248.

- Spanakos, Anthony Peter* 2012: Liberalism and Postliberalism in Bolivarian Venezuela, in: *Latin American Politics and Society* 54: 3, 197-206.
- Thiers, Consuelo/Wehner, Leslie E.* 2022: The Personality Traits of Populist Leaders and Their Foreign Policies: Hugo Chávez and Donald Trump, in: *International Studies Quarterly* 66: 1, 1-11.
- Thies, Cameron G* 2017: Role Theory and Foreign Policy Analysis in Latin America, in: *Foreign Policy Analysis* 13, 662-681.
- Thies, Cameron G./Wehner, Leslie E.* 2020: The Nexus of Populism and Foreign Policy: The Case of Latin America, in: *International Relations* 35: 2, 320-340.
- The World Bank* 2006: Gini Index – Venezuela, RB, in: *Gini index - Venezuela, RB | Data* (worldbank.org); 06.06.2022.
- The World Bank* 2022: World Development Indicators. Popular Indicators: Poverty Headcount Ratio at National Poverty Lines (% of Population), in: *World Development Indicators | Data-Bank* (worldbank.org); 06.06.2022.
- Verbeek, Bertjan/Zaslove, Andrej* 2017: Populism and Foreign Policy. *The Oxford Handbook of Populism*, in: *Oxford Handbooks Online* (online first), DOI: 10.1093/oxfordhb/9780198803560.013.15.
- Wajner, Daniel F.* 2021: Exploring the Foreign Policies of Populist Governments: (Latin) America First, in: *Journal of International Relations and Development* 24: 651-680.
- Weyland, Kurt* 2001: Clarifying a Contested Concept: Populism in the Study of Latin American Politics, in: *Comparative Politics* 34: 1, 1-22.

Tabellenverzeichnis

- Ehlich, Louisa* 2022: Tabelle 1. Handlungsmuster internationaler Politik von Venezuela (1999-2013) und Argentinien (1989-1999).